

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Anzeigengebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseß!»

## Uebersicht.

**Deutschland.** — München. Hr. v. Roy. Hr. v. Volk. O'Dresden. Landtag. Verbrechen. **Leipzig.** Verträge in Betreff gegenseitiger Rechtshilfe. — Der karlsruher Theaterbrand. \*Kassel. Der Nothstand. Das Verbot des Branntweinbrennens. — Auswanderung aus der Provinz Starkenburg. \*\*Aus Schleswig-Holstein. Erforschung verbotener Schriften. — Die schleswig-holsteinische Frage. — Die hamburgische Wafferkunst.

**Preußen.** \*Berlin. Die Schutzjäger. \*Königsberg. Die städtische Ressource. Walestode.

**Oesterreich.** \*Von der böhmisch-schlesischen Grenze. Das erzbischöfliche Consistorium in Prag. — Die Trennung Galiziens. — Der Bladika von Montenegro.

**Portugal.** Die Insurrection.

**Spanien.** Der Congress. Generalcapitain Breton. Gerücht von der Anerkennung Isabella's II. durch den päpstlichen Stuhl. Die Pferdezuht.

**Großbritannien.** Parlament. Daniel O'Connell. Lord Cochrane. Nachrichten aus Neuseeland. — London. Die Bibelverbreitung in Spanien.

**Frankreich.** Parlament. Die Journale. Das Journal des Débats über die Finanzlage. Der landwirthschaftliche Centralcongress. Die Königin Christine.

**Belgien.** \*Brüssel. Die Repräsentantenkammer.

**Italien.** Verhaftungen in Toscana. \*Rom. Der türkische Gesandte.

**Russland und Polen.** \*\*Warschau. Die Bank. Rekrutirung. Die katholische Kirche. Kurier.

**Moldau und Walachei.** Der walachische Landtag.

**Türkei.** Die griechische Differenz.

**Personalschriften.**

**Wissenschaft und Kunst.** Dr. Schaumann in Göttingen. — Das Theater in Pozzuoli.

**Handel und Industrie.** Fruchtpreise. \*Leipzig. Del. \*Brüssel. Eisenbahn. \*Leipzig. Die Chemnitz-Niesauer Eisenbahn. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

**Verkündigungen.**

## Deutschland.

— **München, 11. März.** Soeben wird uns aus einer Quelle, die wir für vollkommen glaubwürdig erachten müssen, die freilich nicht mehr ganz unerwartete Neuigkeit mitgetheilt, daß Dr. v. Roy (seit dem Jahr 1838 oder 1839 als ordentlicher Professor des bairischen Staatsrechts, dann des deutschen Bundesstaatsrechts und des Völkerrechts, von der würzburger an die hiesige Hochschule versetzt) seiner Professur entbunden und dagegen zum Rathe bei dem Appellationsgericht in Neuburg an der Donau ernannt worden sei. Die Gesinnungen sowie das gesammte Wirken und Streben dieses Gelehrten dürfen füglich als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, und sohin wird es kaum einer besondern Hinweisung auf die Motive bedürfen, welche, wenn sich das Ganze bestätigt, der Entsetzung desselben von seinem akademischen Lehramte zum Grunde gelegen haben dürften. Gleichzeitig ist jedoch noch eine andere Beförderung bekannt geworden, nämlich die des Hrn. v. Volk zum Staatsrath im ordentlichen Dienste. Hr. v. Volk (Protestant) war bekanntlich vom Könige zum Präsidenten der Regierung von Mittelfranken ernannt worden, und man bezeichnete schon den Tag, an welchem derselbe nach Ansbach abgehen werde. Inzwischen hatte aber der dortige Präsident, Hr. v. Andrian, die Bitte um Belassung auf seinem Posten in Ansbach an den Thron gebracht, und so war vor einigen Tagen das Gerücht entstanden, Hr. v. Volk werde als Präsident nach dem mehr paritätischen Regensburg kommen, und Baron v. Schrenk (Katholik) nach Landshut. Dagegen tritt nun aber, wie soeben erwähnt, Hr. v. Volk in den Staatsrath, und Hr. v. Schrenk ist heute bereits nach seinem Regierungssitze Regensburg abgegangen. Daß diese abermalige Ernennung eines protestantischen Staatsraths nicht ohne einen sehr befriedigenden Eindruck auf die protestantische Bevölkerung des Landes bleiben könne, haben wir wol kaum Ursache besonders hervorzuheben. Dagegen darf wol mit vollem Grunde die von einem ulmer Blatt ausgedrückte Ruthmachung, als stehe fortan, was den Eimen zu hoffen, für die Andern desto mehr zu fürchten, für eine so gut wie völlig aus der Luft gegriffene erklärt und bezeichnet werden. „Gerechtigkeit für Alle“ bildete das Hauptlösungswort in allen ministeriellen Areden der jüngsten Zeit, und nichts läßt voraussehen, daß eine Zeit kommen werde, welche mit Grund als eine der gewaltsamen Reaction bezeichnet werden könnte.

**O'Dresden, 13. März.** In Betreff des traurigen Vorganges in der Sitzung der II. Kammer am 11. März enthält die Beilage zu Nr. 31 des Verfassungsfreundes eine, wie wir hören, den stenographischen Mittheilungen entnommene Darstellung, welche zwar in den meisten Punkten mit dem in Nr. 72 dieser Zeitung gegebenen Bericht übereinstimmt, aber

doch das beachtenswerthe Factum mehr hat: daß der Vicepräsident sich eben vom Secretair das Mitgliederverzeichnis geben ließ, um seine zum Anfang gestellte Frage zum dritten Mal, und diesmal mittels Namensaufruf, zu wiederholen und dadurch die Sache nochmals der Entscheidung der Kammer anheimzugeben, als die Debatte über die Fragestellung und sein Recht dazu erneuert wurde und in ihrem Verlaufe zu dem bekannten Ausgange führte.

Ein schauerhaftes Verbrechen beschäftigt jetzt hier die Gemüther. Es hat nämlich der 23jährige Sohn eines in getrennter Ehe lebenden Beamten am 8. März seine Mutter und Schwester, von denen er sich zurückgesetzt glaubte, mit einem Beil erschlagen, dann die Sachen derselben verkauft und verfehrt, sich umhergetrieben, selbst als obdachlos auf die Polizei bringen lassen, und erst am 12. März ist das Verbrechen entdeckt und von ihm, der sich noch in polizeilichem Gewahrsam befand, sofort eingestanden worden.

**Leipzig, 13. März.** Eine recht erfreuliche Erscheinung bieten die in rascher Progression sich mehrenden Staatsverträge der deutschen Staaten unter sich über gegenseitige Rechtshilfe und Beförderung der Rechtspflege überhaupt, nach allgemeineren, durchgreifendern und weniger selbstsüchtigen oder ängstlichen Grundsätzen, als nach welchen solche Verträge früher geschlossen wurden. Namentlich hat sich in den letzten zwei Jahren ergeben, daß die Regierungen Mitteldeutschlands bemüht sind, über desfallsige gleichmäßige Bestimmungen nicht bloß sich unter einander zu einigen, sondern sie auch weiterhin auszubehnen. Ein gleichlautender und auf gleiche Zeitdauer — zwölf Jahre — geschlossener Vertrag mit der Basissbestimmung, daß die Gerichte der contrahirenden Staaten einander im Allgemeinen sowohl in Civil- als in Strafrechtssachen diejenige Rechtshilfe leisten sollen, welche sie den Gerichten des Inlandes nach dessen Geseßen und Gerichtsverfassung nicht verweigern dürfen, hat sich bereits über mehrere Staaten ausgebreitet. Es sind in dieses Vertragsverhältniß getreten: Preußen mit Schwarzburg-Sondershausen unterm 18. Nov./5. Dec. 1843 und mit Meuß-Weiz unterm 25. Nov./10. Dec. 1845; das Königreich Sachsen mit Meuß jüngerer Linie am 12. Jul., mit Meuß alt. L. am 7/22. Dec. 1845 und mit Sachsen-Weimar-Eisenach neuerdings am 2/31. Jan. 1847; Schwarzburg-Rudolstadt mit Schwarzburg-Sondershausen am 18. Dec. 1844 und mit Meuß jüng. L. am 3. Dec. 1846, endlich Sachsen-Weimar-Eisenach mit Meuß alt. L. unterm 2. Jan./3. Febr. Würde es gelingen, den Vertrag successive über ganz Deutschland zu verbreiten, es würde für die deutsche Rechtspflege von unberechenbarem Vortheile sein, deren allergrößter Mangel ja doch der ist, daß man über die engen Grenzen des Territoriums, dem man angehört, hinaus hier und da die nöthige Rechtshilfe entweder gar nicht oder nicht ohne die größten Placereien erlangen kann.

— In der Karlsruher Zeitung erklärt Hr. W. Eisenlohr die Nachricht, daß die beim Theaterbrand in Karlsruhe Umgekommenen nicht durch die Flammen, sondern durch die Ausströmung des Gases erstickt seien, für ein Product des guten und natürlichen Strebens, die schrecklichen Vorstellungen von dem Tode jener Unglücklichen in den Augen ihrer Angehörigen zu mildern, bekämpft sie aber mit Gründen. — Im Karlsruher Tageblatte sagen 36 Personen dem Juden Moriz Reutlinger für ihre Errettung durch ihn aus dem Brand ihren innigsten Dank.

\*Kassel, 9. März. Die alle Provinzen des Kurfürstenthums durchreisende, aus drei höhern Staatsbeamten zusammengesetzte Specialcommission, deren Zweck war, überall an Ort und Stelle Erkundigungen über die Beschaffenheit des im Lande herrschenden Nothstandes und die Mittel zu dessen Abhilfe einzuziehen, hat, wie wol vorauszusehen war, keine andern Data zur Kunde der obersten Staatsbehörden bringen können als solche, in deren Besiß sich diese durch die vielfältigen Berichte der Localbeamten bereits befanden. Für die zahlreichen nothleidenden Proletarier der Residenz und deren Umgegend ist glücklicherweise mit dem Anfange dieses Monats eine Quelle des nothdürftigen Unterhaltes eröffnet. Der Kurprinz-Mitregent hat nämlich den vor zwei Jahren vom belgischen Oberingenieur Splingard überreichten Vorschlägen in Betreff des passendsten Ortes in der Nähe der Stadt, wo die Bahnhöfe für die verschiedenen hier zusammentreffenden Eisenbahnen aufzuführen, nun definitiv die höchste Genehmigung erteilt. Demgemäß sind im vorigen Monate die Expropriationen zur Erwerbung des Terrains, auf das die Bahnhöfe mit ihren vielen Nebengebäuden zu stehen kommen werden, wozu der Ankauf einer Grundfläche von mehr als 60 Morgen Landes erforderlich war, vorgenommen und mit lobenswerthem Eifer von der Staats-Eisenbahndirection und den betreffenden Staatsbehörden betrieben worden. Die Abtretungen der Grundstücke zu diesem Behufe haben weniger Schwierigkeiten gefunden, als man dachte; die Eigenthümer haben sich sämmtlich gegen die ihnen dargebotenen, nach billigen Grundsätzen festgesetzten Entschädigungssummen dazu verstanden.

Mit dem 1. März d. J. sind die Erarbeiten für die Bildung des Plateau, auf dem die Bahnhofsgedäude angelegt werden sollen, in Angriff genommen worden, und jeder Arbeitslustige hat nun Gelegenheit, gegen ein Tagelohn von 10 Sgr. Beschäftigung zu finden.

Die von der Regierung getroffene, gegenwärtig viel besprochene Maßregel der Aufhebung aller Branntweimbrennereien für die nächsten drei Monate vom 1. März an gerechnet, war gewiß von oben herab gut gemeint; man hatte sie dort der landesväterlichen Fürsorge angemessen erachtet. Der Hauptzweck derselben war offenbar kein anderer, als das fernere Steigen des Marktpreises eines der vornehmsten Nahrungsmittel des Volks, der Kartoffeln, zu verhüten, ja vielleicht ein schnelles Sinken jenes Preises herbeizuführen. Da hier zu Lande zur Branntweinfabrikation bloß Kartoffeln verwendet werden und darum große Vorräthe von diesen bei den Fabrikanten vorauszuhaben waren, so dachte man durch die Verfügung der Einstellung der Branntweimbrennereien im ganzen Lande die Brenner zu veranlassen, ihre Kartoffelvorräthe, von denen sie nunmehr keinen Gebrauch machen könnten, auf den Markt zu bringen, und glaubte hierin ein sicheres Mittel gefunden zu haben, dem Kartoffelmangel an vielen Orten alsbald abzuhelfen. Vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet ließ sich auch gegen diese Maßregel nichts einwenden; denn alle Concessionen zu Branntweimbrennereien waren mit dem ausdrücklichen Vorbehalt erteilt worden, sie zu jeder Zeit wieder zurücknehmen zu können. Die Regierung befand sich also bei der Erlassung des Verbots des fernern Branntweimbrennens vollkommen in ihrem Recht, und es ist ein irriger Vorwurf, der derselben in auswärtigen Blättern gemacht worden ist, daß hierbei ein verfassungswidriger Eingriff in das Privateigenthum stattgefunden. Aber ob die fragliche Maßregel in politischer und staatswirthschaftlicher Rücksicht für zweckmäßig zu halten, ist eine andere Frage, die von Vielen geläugnet wird. Man hört behaupten, daß, wäre sie früher getroffen worden, noch ehe eine so beträchtliche Quantität von Kartoffeln durch die Branntweinfabrikation consumirt worden war, sie allerdings hätte dazu dienen können, die Concurrenz bei dem Angebot von Kartoffeln auf den Märkten zum Besten des Publicums zu vermehren und dadurch auch die Verkaufspreise herabzudrücken. Zugleich würden alsdann eine Menge Landwirthe nicht in dem Falle gewesen sein, zur Betreibung ihrer Branntweimbrennereien Kartoffelvorräthe anzuhäufen. Allein jetzt, da sie diese einmal haben und nicht geringe Capitale darin stecken, auch viele landwirthschaftliche Einrichtungen und namentlich die Erhaltung ihres Viehstandes auf den ununterbrochenen Fortbestand ihrer Branntweimbrennereien basirt sind, kann die plötzlich eingetretene Anordnung nur mit großen Verlusten für sie verbunden sein, ohne doch dem Publicum zum Vortheile zu gereichen. Die Dekonomen sind nämlich von nun an genöthigt, aus Mangel an andern Futter ihre Kartoffelvorräthe zur Ernährung ihres Viehes, vornehmlich zur Mastung der Ochsen zu verbrauchen, daher man sich denn auch in der Erwartung getäuscht gesehen hat, in Folge dieser Maßregel mehr Kartoffeln als bisher zum Verkauf auf den Märkten ausgedoten zu finden. Dazu kommt, daß, sobald im Auslande bekannt geworden war, daß in Kurhessen auf einmal alle Branntweimbrennereien eingestellt worden seien, sich sehr bald aus der Nachbarschaft, wie in Niederhessen unter Andern aus dem Sachsen-Weimarischen, fremde Speculanten einfanden, die den kurhessischen Branntweinfabrikanten die ihnen überflüssig gewordenen Kartoffelvorräthe abnahmen. Uebrigens hat es sich herausgestellt, daß man sich in unserm Lande eigentlich weniger über wirklich vorhandenen Mangel an Kartoffeln als über deren hohe Preise zu beklagen Ursache hat.

Gewiß ist es, daß in Folge der in Rede stehenden Verordnung nicht unbedeutende Werthe nutzlos verloren gehen, und während viele Einzelne, die zufällig von derselben betroffen werden, dabei leiden, durch die Opfer, die ihnen vermeintlich zum allgemeinen Besten auferlegt werden, der Masse des Volks nicht geholfen ist, da die Theuerung der Lebensmittel nach wie vor dieselbe geblieben. Besonders übel daran sind die Dekonomen, die eine große Zahl von Mastochsen im Stalle haben, die ihnen nicht nur zu einem einträglichen Erwerbszweige dienen, sondern auch den Dünger zur Bestellung ihrer Felder verschaffen; die Ochsenmastung aber war durch den Fortbestand ihrer Branntweimbrennereien bedingt. Man hört schon von manchen Gutsbesitzern und Domainenpächtern, die durch die Unterbrechung der Branntweinfabrikation großen Schaden erlitten haben; von andern ist zu besorgen, daß sie völlig zu Grunde gerichtet sein werden. Billig könnte es erscheinen, daß den unverschuldet Leidenden in einzelnen traurigen Fällen, um sie vor dem Ruin zu schützen, eine Entschädigung für ihre Verluste zu Theil würde; aber daran ist nicht zu denken, weil, wenn man sie Einigen gewährte, Alle darauf Anspruch machen würden. Die Behörden sind mit Reclamationen überhäuft, worin die Härte der getroffenen Maßregel oft in einem grellen Lichte dargestellt wird, aber sie bleiben erfolglos. Mehrere Dekonomen, die große Vorräthe von frischen Kartoffeln haben, deren Ankauf ihnen früher zum Verbrauch bei ihren Branntweimbrennereien ausdrücklich gestattet war, sind um die Erlaubniß eingekommen, wenigstens diese noch zur Branntweinfabrikation verwenden zu dürfen, allein sie sind abschlägig beschieden worden.

Aus der Provinz Starkenburg schreibt das Frankfurter Journal: „Zu den bedenklichen Zeichen der Zeit gehört wol auch das nicht genug zu berücksichtigende, daß jetzt nicht mehr vereinzelte Glieder der Gesellschaft, sei es individuell oder familienweise, auswandern, sondern daß sogar ganze Ortschaften, mit ihren Vorstehern und Geistlichen, um die Bewilligung zur Uebersiedelung nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas bei ihren vaterländischen Staatsbehörden einkommen. Ein Beispiel dieser Art bietet die drittehalb Stunden nördlich von Darmstadt, eine halbe Stunde südlich von Langen gelegene Ortschaft Egelbach, deren 1400 Einwohner ein von allen Familienhäuptern,

den Bürgermeister an der Spitze, unterzeichnetes Gesuch in obigem Sinne bei höchster Staatsstelle eingereicht haben. Auch nennt man drei andere Dörfer, welche ebenfalls auf dem Punkte seien, Gesuche zur Bewilligung einer ähnlichen Auswanderung in Masse einzureichen.“

\*\* Aus Schleswig-Holstein, 7. März. Wir theilten neulich (Nr. 58) mit, daß eine Commission unter Vorsitz des Bürgermeisters Lassen aus Hadersleben ernannt sei, um die Verbreitung verbotener Schriften im nördlichen Schleswig zu verhindern. Diese Nachricht war nicht genau, und wir beileben uns daher, dieselbe zu berichtigen. Es ist keine solche Commission ernannt, sondern der Bürgermeister Lassen ist beauftragt, Untersuchungen über die Verbreitung einer Schrift anzustellen, die seit einiger Zeit im Norden Schleswigs circulirt hat. Diese in dänischer Sprache verfaßte Schrift handelt von der Erbfolge und sucht die Bedeutung dieser Frage mit Beziehung auf die Landesrechte der Herzogthümer der Dänisch redenden Bevölkerung im Norden von Schleswig deutlich zu machen. Die Schrift ist in Hamburg gedruckt und soll überall im nördlichen Schleswig vertheilt sein. Der Bürgermeister Lassen hat demnach den Auftrag, auszuforschen, wo und von wem diese Schrift vertheilt ist. Zu dem Ende reist derselbe von Ort zu Ort, citirt überall Bauern, Bürger, Krüger u., verhört sie, ob sie diese Schrift gelesen oder vertheilt haben, und soll sich viele Mühe geben, um den Verfasser auszukundschaften. Man erzählt in dieser Veranlassung manche komische Anekdoten, von denen wir hier die folgende zum Besten geben wollen. Ein Landkrüger, der eine Menge Exemplare der erwähnten Schrift vertheilt hatte, wurde vorgeladen. Auf Befragen, ob er die Schrift gelesen und vertheilt habe, erklärte derselbe: Er sei ein Schleswig-Holsteiner und habe mit den Dänen nichts zu schaffen; die erwähnte Schrift sei ihm zugesendet, von wem, wisse er nicht; er habe den ihm gesendeten Paß in seinem Krüge in der Wirthstube offen liegen lassen, und jeder Gast habe sich ein Exemplar nehmen können; daß die Schrift verboten sei, wäre ihm übrigens nicht bekannt; der Paß mit der Schrift sei ihm mit der fahrenden Post gesendet, und der Postillon, welcher denselben gebracht habe, wohne hier am Orte; von demselben könne der Hr. Inquisitor gewiß das Nähere erfahren. Darauf wurde der Postillon vorgelodert, und auf Befragen, von wem er den Paß für den Krugwirth erhalten habe, erwiderte derselbe: „Von dem Apotheker in dem Flecken N. N.“, „der aber seit vier Wochen gestorben ist“, setzte der Krugwirth hinzu. Damit war denn das Verhör zu Ende und der Inquisitor nicht klüger als zuvor. Die erwähnte Schrift enthält über die Erbfolge im Grunde nichts mehr und nichts weniger, als was die öffentlichen Blätter oft und wiederholt mitgetheilt haben, und es muß daher als sehr auffallend erscheinen, daß die Regierung so eifrig bemüht ist, den Verfasser der Schrift ausfindig zu machen. Insbesondere erweckt das in unserm Lande bisher gänzlich ungewohnte Verfahren der Regierung den Verdacht, daß hier andere Pläne zum Grunde liegen. Denn anstatt die Localbeamten zu beauftragen, in den einzelnen Districten die erforderlichen Untersuchungen anzustellen, sendet man einen an sich dafür incompetenten Beamten, der aber seiner dänischen Gefinnungen wegen bekannt ist, im ganzen Lande umher, um an den einzelnen Orten Untersuchungen anzustellen und Verhöre aufzunehmen. Dieses höchst auffallende Verfahren gibt denn auch genügende Veranlassung, zu vermuthen, daß man einen andern Zweck im Auge habe, als den Verfasser dieser harmlosen Schrift ausfindig zu machen, der aller Wahrscheinlichkeit nach in Hamburg wohnt, wo die Schrift gedruckt ist, und dem die dänische Regierung schwerlich etwas anhaben kann. Allgemein glaubt man daher, daß das ganze Verfahren nur eingeleitet sei, in der Hoffnung, einen Vorwand zu finden, einzelne Korporationen der letzten schleswigschen Ständeversammlung als theilhaftig bei der Sache zu verdächtigen, wodurch es möglich würde, sie in Anklagestand zu versetzen, indem man sie beschuldigen würde, zur Aufreizung des Volks beigetragen zu haben. Würde auch eine solche Anklage, wie vorauszu sehen ist, zu nichts führen, so würde man doch, so lange die Anklage dauert, einen Vorwand haben, jene Mitglieder der Ständeversammlung von dem Landtag auszuschließen, und dadurch würde die dänische Sache, nach Ansicht gewisser Personen, schon einen großen Gewinn haben. Der Regierungspräsident v. Scheel soll in dieser Angelegenheit eine große Thätigkeit entwickelt haben, und man will mehrere drohende Aeußerungen, die derselbe in der letzten Ständeversammlung hat fallen lassen, mit der erwähnten Untersuchung in Verbindung bringen.

— Aus dem süblichen Holstein vom 6. März berichtet die Bremer Zeitung: „Es hält sich hier in wohlunterrichteten Kreisen die Meinung, in Kopenhagen beabsichtige man höhern Orts einzulenken und Schritte zur Vermittelung und zur Beruhigung der gekränkten und aufgeregten Gemüther in den deutschen Herzogthümern zu thun. Die Hauptthatfache, welche für die eben besprochene versöhnliche Richtung der Regierung angeführt wird, ist die, daß vor einiger Zeit Graf M. an die Mitglieder der Ritterschaft, welche der König bekanntlich ihrer ihnen erteilten Virilstimmen verlustig erklärt hatte, geschrieben und sie unter der Hand gefragt hat, ob sie, wenn der König ihnen die Virilstimme jetzt wiedergäbe, dieselbe annehmen würden. Der Graf Reventlow auf Faroe soll dem Vernehmen nach bereits bejahend geantwortet haben.“

— Die erbgeseffene Bürgerschaft von Hamburg hat am 11. März den Antrag des Rathes, zur Vollendung der Stadt-Wasserkunst in dem früher genehmigten Umfange das Anerbieten einer Anzahl dortiger Bürger, die noch erforderlichen Geldmittel darleihen zu wollen, anzunehmen genehmigt.

### Preußen.

\* Berlin, 13. März. In einem Inserate unserer Vossischen Zeitung lesen wir unter Andern: „Die ganze Blüte unserer deutschen Industrie

verdanken  
heit, die  
Deutschland  
überschritt.  
haben, als  
lichen Ver  
und Russe  
künstlich d  
denjenigen  
entstandene  
welche am  
fürchten h  
absetzung d  
Gewerbe d  
mehr, weil  
der sogena  
chen, soda  
ihretheils  
zollsystem  
gen verber  
die Nothw  
rogerpflanz  
Städten, l  
nem unerr  
gelangen,  
des süßen  
mehr scheu  
werfliche A  
Schreierei  
und Conso  
dächtigung  
dere beschu  
wollen, an  
fährt durc  
sei unmögl  
Wäre dies  
am besten,  
land zu be  
erklären,  
erreichen.  
erbe schü  
fern könne  
haben scho  
curriren u  
Luchwaare  
Märkten,  
berliner A  
es bekannt  
rheinische  
Meinung,  
zu ermäße  
zolle zu er  
unser nati  
fuhr nach  
Marktes,  
öffnung d  
zolle für  
das Schu  
Freihandel  
der Gege  
zulassen, f  
brilate nic  
\* Kön  
§. 6 des  
auf, zählt  
ligionspar  
big zur  
unser Bü  
die H. S.  
schy und  
Justizrath  
dafür, da  
polizeiliche  
Sperling,  
fen her h  
ren sowol  
aus dem  
gern und  
von ihr  
Lobed, c  
reichen W  
alten Gri  
vorstande  
für sich  
Polizei v  
derartig  
tischen M  
Hkommen  
Stadtrat

berdanken wir der erweiterten Erwerbs- und vermehrten Handelsfreiheit, die sich seit den Jahren 1818 und 1821 von Preußen aus über Deutschland verbreitete und auch wol die Grenzen unsers Vaterlandes überschritt. Das Geschrei nach Schutzzöllen kann also keinen andern Sinn haben, als unsere erprobten Grundsätze aufzugeben und uns mit ähnlichen Vertheuerungszöllen und Sperrern zu beglücken, wie sie Frankreich und Rußland haben, und England sie hatte. Ist das Arbeitslohn in den künstlich durch Schutzoll hervorgerufenen Gewerben etwa höher als in denjenigen Gewerben, die ohne Schutzoll floriren? Sind die natürlich entstandenen Gewerbe nicht auch diejenigen, welche am meisten lohnen, welche am wenigsten Erschütterungen durch die ausländische Concurrenz zu fürchten haben; sind es nicht diejenigen, welche am wenigsten der Herabsetzung des Arbeitslohns in ungünstigen Zeiten bedürfen? Bezahlt ein Gewerbe deshalb mehr Arbeitslohn, weil es geschützt werden muß, oder mehr, weil es nicht geschützt zu werden braucht? Es zeigt aber die Furcht der sogenannten „conservativen“ Schutzöllner, die sogleich Chorus machen, sobald es sich nur um die Abweisung eigennütziger Anforderungen ihrerseits oder um Warnungen vor dem blinden Zutappen in das Schutzöllsystem handelt, deutlich, wie der faule Fleck getroffen ist, den sie so gern verbergen möchten. Es zeigt diese Furcht der Schutzöllner deutlich die Nothwendigkeit, ernst und ohne Vorurtheil zu prüfen, welche Schmarogerpflanzen sich unter unsern Gewerben, auf dem Lande wie in den Städten, befinden; es zeigt die Behauptung: um mit England bei „seinem unerreichbaren Vorsprunge“ in der Industrie an gleichem Ziel anzugelangen, müsse man „früher aufstehen als jetzt“, deutlich den Wunsch, des süßen Schlummers noch weiter zu genießen, den man sich schon nicht mehr scheut öffentlich auszusprechen. In den Angriffen auf ganz verwerfliche Vorschläge von Rückzöllen und Ausfuhrprämien erblickten sie jene Schreierei von Freihandel, die nur eine Falle sei, in welche Deutschland und Consorten gerathen sollen, sie bedienen sich also der Waffe der Verdächtigung in der Art Derjenigen, welche ein böses Gewissen haben und Andere beschuldigen, anstatt Gründe für die Sache, welche sie verteidigen wollen, anzuführen. Anstatt Beweise beizubringen, wie die öffentliche Wohlfahrt durch Vertheuerungszölle gehoben werden könne, behaupten sie, es sei unmöglich, unerreichtbar, mit England in der Industrie zu concurriren. Wäre dies aber wirklich für alle Zukunft unmöglich, so wäre es sicher am besten, lieber die wohlfeilern und bessern Waaren sogleich von England zu beziehen und alle diejenigen Gewerbe aufzugeben, welche selbst erklären, daß sie keine Hoffnung hätten, die Engländer darin jemals zu erreichen. Denn weshalb wir fortdauernd theurere und kostspielige Gewerbe schützen sollen, die nie gleich wohlfeile und gleich gute Waaren liefern können, dafür einen Grund aufzufinden möchte schwer halten. Wir haben schon Gewerbe, welche mit den englischen auf dritten Märkten concurriren und die englischen Waaren ausstechen; unsere Seidenfabrikate, Tuchwaaren und selbst Rattune gehören hierher; selbst auf nahe gelegenen Märkten, wie Hannover, nicht blos in Amerika concurriren schon unsere berliner Rattunwaaren mit englischen. Von unsern Seidenfabriken ist es bekannt, daß mehre hauptsächlich für das Exportgeschäft arbeiten; einige rheinische arbeiten nur für die Ausfuhr nach Amerika. Auch wir sind der Meinung, daß darin, daß England es für nöthig hält, seine Einfuhrzölle zu ermäßigen, noch kein Grund für uns liegt, nun auch unsere Eingangszölle zu ermäßigen; was England in seinem Interesse thut, ist noch nicht unser nationales Interesse. Aber abgeschmactt ist es, eine größere Ausfuhr nach andern Ländern zu verlangen, eine Eröffnung eines fremden Marktes, wenn man doch den eignen schließen will; abgeschmactt, die Eröffnung des russischen Marktes zu verlangen und zugleich höhere Schutzzölle für unsere Fabrikate gegen alle Nationen zu begehren; abgeschmactt, das Schutzöllsystem zu Hause zu loben und blind anzupreisen, aber das Freihandelsystem von der Fremde zu verlangen. Aller Handel beruht auf der Gegenseitigkeit. Tadelt ihr die Russen, daß sie eure Fabrikate nicht zulassen, so tadelt wenigstens auch euch selbst, die ihr die englischen Fabrikate nicht zulassen wollt.“

\* Königsberg, 7. März. Die städtische Ressource nimmt laut §. 6 des Statuts nur unbescholtene, selbständige Einwohner Königsbergs auf, zählt auch bereits an 1100 Mitglieder aus allen Ständen und Religionsparteien, und wird nur von denen verdächtigt, die als unfähig zur Aufnahme befunden worden. Der Präses der Gesellschaft ist unser Bürgermeister und nunmehriger Landtagsdeputirter Sperling, dem die H. H. Stadtrath v. Jacius, Oberbürgermeister Kraß, Kaufleute Brosch und J. Friedländer, DD. Rosch und Herbst, Bäckermeister Lemke und Justizrath Steller würdig zur Seite stehen. Ein solcher Vorstand bürgt dafür, daß keine Extravaganzen geschehen, und daß es keiner besondern polizeilichen Aufforderungen bedarf, um den Vorstand, namentlich Hrn. Sperling, an seine Pflicht zu erinnern. Ohne eine Ermahnung von außen her hat der Vorstand selbst gewisse Grenzen festgesetzt, innerhalb deren sowol die Vorträge als die Debatten über dieselben und die Thematata aus dem Fragekasten sich bewegen dürfen, und jedes Mitglied fügt sich gern und freiwillig dem von der Gesellschaft selbst sich gegebenen und von ihr gebilligten Gesetze. Hat doch sogar der Geheimrath Prof. Dr. Lohde, als er vor einigen Wochen zur allgemeinsten Freude der zahlreichen Anwesenden einen beredten Vortrag über die Gefängnisse der alten Griechen und Römer hielt, diesen Vortrag vorher dem Ressourcen-vorstande zur Durchsicht überschickt und keineswegs eine Ausnahme für sich beansprucht. Der Fragekasten ist also nicht von Seiten der Polizei unter Censur des Vorstandes gestellt worden. Es ist wol ein derartiges Schreiben des Polizeipräsidenten an den Vorstand der städtischen Ressource eingegangen, aber diesem Ansinnen war schon zuvor gekommen. In letzterer Zeit hörten wir zwei geistreiche Vorträge des Stadtraths Soullon über Auswanderung, die höchst pikante und be-

herzigungswerthe Bemerkungen enthielten. Dr. Rosch, ein eben so viel beschäftigter Arzt hier als geschätzter Redner der Gesellschaft, ließ sich über das zu errichtende Institut der Arbeitsnachweisung vernehmen, welches demnächst ins Leben treten wird. Auch die früher projectirte Wittwengesehellenkasse kam wieder zur Sprache, zu deren Begründung Hr. Walebrode, von dem die Idee zuerst im Böttcherhöfchen ausgegangen, die Summe von 30 Thlr. als erste Beisteuer lieferte. Die Dankadresse an den englischen Consul Walker auf Mosquito nebst dem Bernsteinarmude für dessen Gemahlin in Anerkennung der Verdienste Beider um unsere ostpreussischen Auswanderer soll ebenfalls nächstens von Seiten der städtischen Ressource nach ihrem Bestimmungsorte befördert werden. So gibt sich ein allgemeines Interesse in der Gesellschaft kund, und auch die lebhaften Debatten über gemeinnützige Gegenstände fesseln die zahlreichen Anwesenden im Saale des Kneiphöfchen Junkerhofs von 6—10 Uhr Abends an jedem Montage.

In Betreff des Walebrode'schen Bürgerbriefs liegen die Acten dem Oberpräsidenten Bötticher vor, und es soll sich nichts dargeboten haben, die Ausweisung Walebrode's zu veranlassen.

### Österreich.

\* Von der böhmisch-schlesischen Grenze, 10. März. Die zu Schlesien gehörige Grafschaft Glatz steht in kirchlicher Hinsicht unter dem Erzbischof von Prag. Wenn der Letztere nun auch in unserm preussischen Antheile seiner Diocese den Protestanten und unserer Regierung keine Veranlassung zu Beschwerden über Intoleranz gibt, wahrscheinlich weil er weiß, daß diesfallige Versuche hier nicht geduldet werden würden, so hat es doch hier einen übeln Eindruck gemacht, daß dieser Prälat in Böhmen den Protestantismus angegriffen hat, wiewol auf der andern Seite die Humanität der österreichischen Regierung den Freuden des Lichts und der Duldung erfreute. Um in Böhmen geschichtliche Kenntnisse zu verbreiten, hatte die patriotische Gesellschaft Matica coska einen „Grundriß der allgemeinen Weltgeschichte“ herausgegeben, worin unter andern römisch Misfalligen Sokrates der weiseste der Menschen genannt und die Lehren der Hussiten aufgeführt waren. Auf die diesfallige Klage des Erzbischofs antwortete die Hofstelle: „Das prager erzbischöfliche Consistorium möge sich nicht damit befassen, wahrheitsliebende Männer, die sonst friedliche Unterthanen wären, zu verdächtigen und zu denunciiren, sondern vielmehr darauf hinarbeiten, daß eine bessere Aufklärung unter das Volk Böhmens komme, damit es nicht genöthigt wäre, zu protestantischen Schriften seine Zuflucht zu nehmen.“ Ein anderes Mal hatte ein evangelischer Geistlicher eine Leichenrede im Sterbehause gehalten und sich bei der Anzeige des Sterbefalls an den katholischen Dechanten „evangelischer Pastor“ unterzeichnet. Auch dies wurde bei der Hofstelle denunciirt und um ein diesfalliges Verbot von Seiten des prager Consistoriums angehalten. Aber hier erhielt letzteres ebenfalls einen abschlägigen Bescheid dahin, daß kein Grund vorhanden sei, solche zur Förderung religiöser Gesinnungen dienliche Erbauungs- und Trostreden zu untersagen, und daß kein Gesetz vorhanden sei, welches den Namen „evangelische Confessionsverwandte“ verbiete. Solche Erlasse ehren die österreichische Regierung, wenn es auch auf der andern Seite schmerzlich ist, zu bemerken, daß die ultramontane Partei in ihrem Haffe gegen den Protestantismus nie ermüdet. Namentlich ist eine solche Erfahrung den Einwohnern der Grafschaft Glatz schmerzlich, da sie mit einem so intoleranten Consistorium in Verbindung stehen.

— Die Trennung Galiziens in zwei abge sonderte Gouvernements von Ost- und Westgalizien, deren Sige zu Lemberg und Krakau sein werden, ist definitiv festgestellt worden, und man ist gegenwärtig in Wien mit der Organisation derselben beschäftigt. (A. Z.)

— Seit mehren Tagen, schreibt man aus Venedig vom 4. März, befindet sich der Wadika von Montenegro hier; er wird sich noch eine Woche hindurch aufhalten. Heute speiste er an der viceköniglichen Tafel. (A. Z.)

### Portugal.

Die Times hat auf dem Landweg über Spanien und Frankreich aus Oporto vom 21. Febr. eingegangene Berichte, welche die lange Unterbrechung der Nachrichten aus Lissabon erklären. Das von dort am 20. Febr. abgegangene Dampfschiff Liber von der Orientalischen und Halbinsel-Compagnie ist nämlich, als es bei starkem Nebel versuchte in Oporto einzulaufen, bei Villa de Conde, etwa sechs Stunden davon, auf den Strand gelaufen und zu Grunde gegangen. Beim Aussehen der Boote wurden diese durch Ungeschicklichkeit unbrauchbar, und es würden alle Leute am Bord verunglückt sein, wäre man nicht vom Lande her zu Hülfe gekommen. Ein alter spanischer General wurde vom Verdeck ins Meer gespült und ist ertrunken. Man fürchtete, daß alle Briefe und die Ladung verloren sein würden, da das Schiff nach Verlauf einer Stunde nur noch den Anblick eines vollständigen Wracks darbot. Marschall Saldanha stand mit 7000 M. noch immer drei bis vier Leguas südlich von Oporto, ohne den Fluß überschritten zu haben, und man begriff sein Säumen nicht. Die Insurgenten hatten inzwischen Verstärkungen aller Art gesammelt. Das Untas, welcher mit 2000 M. gegen Sagal ausgerückt war, der jedoch vor ihm an die Grenze von Valencia zurückwich, ist nach Oporto zurückgekehrt. Auch der alte General Povoas ist daselbst anwesend, und der Correspondent der Times hält die Insurgenten jetzt für stärker als Saldanha; auch befände sich ein Theil ihrer Truppen in trefflichem Zustand. Ein in Lissabon als Kriegsschiff ausgerüsteter Dampfer, der Porto, hat sich der Junta ergeben, die nun vier bewaffnete Dampfschiffe, Mindella, Porto, Herzog von Oporto und Desvius, besitzt, während der Königin keins verblieben ist. Oporto war völlig ruhig,

vortrefflich verproviantirt, die Truppen in bester Stimmung und die Blockade nur nominell, da täglich Schiffe aus und einliefen. Der Herzog v. Terceira und andere Gefangene sind aus dem Castell Fox in die städtischen Gefängnisse gebracht worden. Die Zolleinnahmen lieferten der Junta hinreichende Geldmittel.

### Spanien.

Der Congress setzte am 4. März seine Adressdebatte über §. 3 fort. Hr. Donoso Cortes, Marquis de Valdegama, hatte ein Amendement zu diesem, die auswärtigen Verhältnisse betreffenden Paragraphen beantragt. In der Darlegung der Beweggründe dazu sprach derselbe sich vorzüglich gegen das Umsichgreifen der Franzosen in Afrika aus, zu dessen Civilisirung Spanien allein geeignet und berufen sei und dieselbe mit wohlthätigen Folgen für sich betreiben könne; das Zunehmen des französischen Einflusses dort benachtheilige dagegen seine wichtigsten Interessen. Ebenso bezeichnete er auch den englischen Einfluß in Lissabon als eine Schmach für Spanien, das von dort aus durch jede dort gebietende Macht in einer Art Bevormundung erhalten werde. Was die Föderung Englands angehe, daß die Herzogin von Montpensier für ihre Nachkommenschaft auf die Rechte an die spanische Krone verzichten solle, so werde die spanische Nation das nie zugeben, weil es geradezu unmöglich sei. Hr. Martinez de la Rosa war hinsichtlich Afrikas anderer Ansicht und hielt die Anwesenheit der Franzosen dort für Spanien vortheilhaft. Wegen der Engländer in Lissabon erinnerte er an die Quadrupelallianz, welche England verpflichtete, sich jedem Versuche Dom Miguel's zur Erlangung der Krone zu widersetzen, und Verträge, die keineswegs, wie Hr. Donoso Cortes behauptete, in der Absicht geschlossen wären, in Spanien exclusiven Einfluß zu üben. Was für vortreffliche Kenntniß Hr. Donoso Cortes von Deutschland besitzt, bewies er durch seine Schilderung von Preußen, welches unter allen europäischen Staaten sich am wenigsten selbständig bewegen könne und eine Conföderation unter sich völlig verschiedener Stämme sei, die kein nationales Ganzes bilden könnten. Außerdem habe es keine sichern Grenzen, und Frankreich halte es auf einer, Rußland auf der andern Seite im Schach. Wie wenig Oesterreich, dem er den Titel des europäischen China ertheilte, worüber die H. Congressmitglieder spanisch zu lächeln beliebten, in seinen Handlungen frei sei, bewies, daß es sich in den innern Angelegenheiten von Deutschland seinen Einfluß von Rußland habe entreißen lassen. Hr. Donoso Cortes nahm schließlich sein Amendement, das eine ganze Sitzung gekostet hat, wieder zurück.

Sechs Abgeordnete haben beim Bureau des Congresses den Antrag eingereicht: „Der Congress möge von der Regierung die Vorlage des Testaments König Karl's IV., König Ferdinand's VII., die Acten über Vollziehung desselben, die bei seinem Ableben aufgenommenen Inventarien und die Heirathsverträge seiner erlauchten Töchter verlangen.“ Eine Bestimmung im Testamente Ferdinand's VII. beauftragt die Cortes mit der Ueberwachung seiner Ausführung.

Bei den Debatten im Congress über die vielbesprochenen Heirathen las Hr. Martinez de la Rosa angebliche Stellen aus englischen gedruckten Actenstücken vor, die sich in dem echten Texte derselben entweder gar nicht oder in völlig verschiedener Gestalt vorfinden. Dieses Verfahren hat den englischen Gesandten veranlaßt, ein sehr nachdrückliches Schreiben an Hrn. Martinez de la Rosa zu richten. Der Erminister Mon brachte in einer langen Rede auch einen bisher unbekannt gebliebenen Umstand zur Sprache; er erzählte seinen Zuhörern, der verstorbene Herzog von Orleans, Sohn des Königs der Franzosen, wäre mit einer Prinzessin aus dem Haus Oldenburg vermählt gewesen.

Aus Barcelona wird vom 4. März die Ankunft des Generals Enna gemeldet, der während der Behinderung des Generalcapitains Bretton die sich nothwendig machenden militairischen Operationen leiten wird. In Madrid glaubte man nach den letzten Berichten, daß die Regierung sich doch noch zur Annahme der Entlassung des Letztern, seiner Gesundheitszustände wegen, entschließen, und daß General Pavia, der jedoch vor kurzem zum Generalcapitain von Altacastilien (Nr. 71) ernannt worden ist, sein Nachfolger werden dürfte.

Im Español wird wieder einmal das in den letzten Jahren so häufig aufgetauchte Gerücht von der erfolgten formellen Anerkennung der Königin Isabella II. durch den päpstlichen Stuhl erneut. Die Anerkennung aller Handlungen der constitutionellen Regierung mit Ausschluß des Verkaufs der Güter der Weltgeistlichkeit, welche Frage bis zu erfolgter angemessener Dotirung des Klerus offen bleiben sollte, sei gleichzeitig erfolgt.

Die Saceta de Madrid vom 3. März enthält ein königl. Decret zur Regulirung und Beförderung der Pferde zuucht und insbesondere zur Organisation der dazu schon 1841 angeordneten Generaldirection.

### Großbritannien.

London, 9. März.

Im Oberhause erklärte gestern der Marquis of Lansdowne, Präsidens des Geheimenraths, auf deshalb geschene Anfrage des Herzogs v. Buckingham, daß die Regierung bereit sei, über die in Irland für Arbeiten zur Unterstützung der Armen ausgegebenen Staatsgelder Nachweise vorzulegen. Ueber die Verwendung der privatim gesammelten Unterstützungsgelder habe sie aber bekanntlich keine Controle. Das mittelst der von der Königin ausgeschriebenen allgemeinen Collecte Gesammelte sei dem Generalunterstützungscomite übergeben worden. Lord Brougham knüpfte an eine Petition von Glasgow, welche über das Zustromen armer Irländer klagte, Mittheilung über denselben Zubrang, der in Liverpool fortdauere. Am 4. Febr. wären daselbst 2036 Irländer frisch gelandet. Er tadelt ferner die Gleichgültigkeit vieler irischen Gutsherren, die

freilich nicht auf ihren Gütern wohnten, bei den jetzigen Drangsalen und übergab eine dieses beklagende Bittschrift aus Irland. In einem Wahlbezirke hätten solche Gutsherren, die 25,587 Pf. St. Einkünfte von dort bezögen, mit Mühe und Noth 208 Pf. St. zu dem Unterstützungsfonds hergegeben. Er führte noch mehr dergleichen Beispiele an. Der Earl of Mountcashel wollte die Grundbesitzer in Schutz nehmen, Lord Brougham erbot sich aber, seine Gewährsmänner zu nennen. Lord Brougham beantragte noch die Niedersetzung eines Specialausschusses zur Prüfung der Vollziehung der Criminalgesetze, welcher bewilligt wurde.

Im Unterhause wurde nach Erledigung vieler laufender Geschäfte von Lord George Bentinck die Bittschrift der britischen Inhaber spanischer Schuldverschreibungen übergeben, welche das Haus um Vermittelung für ihre Ansprüche bitten und an der Barre desselben darüber gehört zu werden wünschen. Auf Hrn. Wortley's Frage, ob Belege dafür übergeben werden könnten, daß die Worte wegen Aufrechthaltung des Wiener Vertrags in der Convention mit Rußland von 1831 über die russisch-holländische Schuld auf Betrieb des Letztern eingefügt worden, antwortete Lord Palmerston, er werde noch im Laufe der Sitzung die Denkschrift der russischen Bevollmächtigten, welche der Convention von 1831 zum Grunde liege und jenen Punkt berühre, sowie einen Depeschenauszug von 1815 vorlegen, welcher von Wichtigkeit für diese Frage sei. Hr. Hume fragte, ob man beabsichtige, die 1845 erlassene Bill, welche brasilische Sklavenhändler als Seeräuber zu verurtheilen anordne, zurückzunehmen. Lord Palmerston verneinte das, so lange Brasilien sich nicht zu einem neuen Verträge gegen den Sklavenhandel herbeilassen werde. Als das Haus zur Comitéberathung der Bill über die 1 1/2 Mill. Pf. St. zu Darlehen an irische Grundbesitzer, welche Verbesserungen auf ihren Gütern vornehmen wollen, schreiten wollte, trat Hr. Roebuck Dem mit seiner Motion auf eine Resolution entgegen, in welcher alle Unterstützung Irlands durch Darlehen an die Grundherren für ungerecht und unklug erklärt werden sollte, wenn nicht damit eine Besteuerung des Grundbesitzes wie in ganz Großbritannien verbunden werde, indem Irland noch von vielen Steuern frei sei. Er kam dabei auf die Zustände Irlands und führte die Versicherung von Geistlichen an, die ihm bethuerten, daß die sogenannte irische Partei nicht das arme Irland, sondern nur das reiche verrete und dessen Specialinteressen. Sie hätten ihm von mehreren großen Gutsherren in Malloy erzählt, deren einer 70 Hunde stattlich füttern lasse, während Menschen ringsum Hungers starben, und äußerte sich noch weiter sehr bitter gegen die irischen Landlords. Diese Bitterkeit ward ihm selbst von Mitgliedern des Ministeriums vorgehalten. Sir R. Peel sprach sich auch gegen Hrn. Roebuck's Resolutionen und für die Regierungsmaßregeln aus, mehre irische Mitglieder daneben. Nach langen Debatten wurde das Amendement mit 121 gegen 26 Stimmen verworfen, die Comitéberathung begonnen und auch noch beendet.

Daniel D'Connell ist auf dringendes Anrathen der Aerzte, welche ihm gänzliche Enthaltung von Geschäften und Luftveränderung vorschreiben, nach Hastings abgereist, wird dort einige Wochen zubringen, dann nach Frankreich und von dort in kleinern Tagereisen nach Italien gehen.

Graf Dundonald, bekannter als Lord Cochran, hat eine neue Erfindung gemacht, um mittels fortwährender Gasströmungen Kugeln zu werfen; bei den angestellten Versuchen soll er 25 sechspfündige Kugeln 21,000 Fuß weit im Durchschnitt geschleudert haben.

Aus Neuseeland sind Zeitungen vom 24. Oct. und Nachrichten aus der Inselbai vom 17. Oct. eingegangen: Der mit den Engländern verbündete Häuptling Waka Kene hatte mit Heli und Kawiti eine Ausgleichung zu Stande gebracht. Heli verpflichtete sich zur Rückgabe der den Colonisten genommenen Pferde und hatte als ein Freundschaftsgeschenk dem Gouverneur ein großes Schwein übersendet. In Auckland war der Colonialrath versammelt und mit Abänderung der Zollgesetze sowie mit dem Budget der Colonie beschäftigt, das sich auf 40,959 Pf. St. belief.

London, 8. März. Es ist interessant, was die britische und ausländische Bibelgesellschaft über die Bibelverbreitung in Spanien berichtet. Bekanntlich ist es päpstlicher Verordnung gemäß in diesem streng-katholischen Lande durchaus verboten, die heilige Schrift in der Muttersprache zu verbreiten und zu lesen. Dessenungeachtet hat der Engländer Borrow es unternommen, von Gibraltar und Oporto aus einige Hundert Bibeln in portugiesischer und spanischer Uebersetzung in Portugal und Spanien zu verbreiten. Sein Muth ging so weit, daß er in Madrid selbst 3000 Exemplare des Neuen Testaments drucken ließ, welche er von da aus in eigner Person durch Spanien colportirte. Nach Madrid zurückgekehrt, errichtete er dort einen Buchladen mit Bibeln. Dies reizte den Zorn der dasigen römischen Geistlichkeit, sie denuncierte ihn den Behörden und er wurde ins Gefängniß geworfen. Vor 40 Jahren wäre ihm dies sehr übel bekommen; die heil. Inquisition hätte sich seiner bemächtigt und ihn ihren Gesetzen gemäß entweder feierlich verbrannt oder eingemauert. Wenn dies nun auch, wie die guten deutschen historisch-politischen Blätter und mehre rheinische und moseler Zeitungen versichern, nicht so schlimm sein soll, als es ausieht, so wäre es doch für unsern armen Borrow traurig genug gewesen. Doch in den gegenwärtigen gottlosen Zeiten müssen selbst in Spanien die alten ehrwürdigen Gesetze der heil. Inquisition schweigen. Ja, die Festsetzung des Bibelboten endete sogar noch komisch. Dieser Mann nämlich verkündete seinen Mitgefängenen den Protestantismus, las ihnen die Bibel vor und klärte die Spanier über den Romanismus auf. Die römische Geistlichkeit hatte daher nichts Eiligeres zu thun, als diesen vermaledeiten Keger, da sie ihn anders nicht los werden konnte, zu bitten, daß er nur das Gefängniß ver-

ließ! W  
gefunden  
leicht, d  
alten rö  
Berichte  
Million  
Ihre Ein

P  
Gef  
v. d. M  
den Gese  
Ausübun  
Grund  
Folge de  
der öffent  
Herstellu  
der Jur  
richte le  
Die De  
über neu  
öffentlich  
gewährt

— D  
heute d  
reformvo  
bureau  
gegen di  
tung sah  
nugen a  
des Deb  
zu ziehen  
lassen un  
driger 3  
Verbrau  
artige d  
sterielle  
mandem  
hohe Zo  
system a  
Reform

— D  
Das De  
Jahr ind  
trägt 38  
gibt eine  
position  
dürfnisse  
beiten (c  
compagn  
man mit  
mit 256  
Abschluss  
Hälfsqu  
jedoch ein  
ses vom  
schöpft h  
61 Mill  
Mill. au  
Der Fin  
die Lage  
nahe kon  
1847 m  
ordentlich  
fentliche  
ster glau  
mungen  
vier letzte  
Alfo 12  
der Eisen  
sammen  
Finanzen  
die zu G  
Nur aus  
fügt es  
100—15  
Gefahr f

— D  
Stellon  
zum 1.  
— D  
Paris no  
nigin C

\* Bri  
5. März

— D  
Stellon  
zum 1.  
— D  
Paris no  
nigin C

\* Bri  
5. März

hief! Wie tief ist demnach die alte Macht des Römertums in Spanien gesunken! Uebrigens tröstet sich die londoner Bibelgesellschaft darüber leicht, daß auch der jetzige Papst sie in seinem Circularschreiben mit dem alten römischen Bannfluche belegt hat. Dieser hat ihr, wie sie in ihrem Berichte sagt, so wenig geschadet, daß sie im Jahr 1846 fast eine halbe Million Bibeln mehr hat vertheilen können als in jedem frühern Jahre. Ihre Einnahme betrug im Jahr 1846 über 700,000 Thlr.

### Frankreich.

Paris, 9. März.

Gestern haben beide Kammern kurze Sitzungen gehabt. Der Fürst v. d. Moskwa übergab in der Pairskammer mehrere Bittschriften gegen den Gesetzentwurf zur Regulirung der medicinischen Studien und über die Ausübung der Medicin. Die Zulassung des Vicomte d'Andigné auf Grund erblicher Rechte in die Pairskammer wurde vom Präsidenten in Folge deshalb stattgefundener Untersuchung ausgesprochen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten übergab den längst erwarteten Gesetzentwurf über Herstellung des Capitels von St. Denis und Entlassung desselben aus der Jurisdiction des Erzbischofs von Paris. Der Minister des Unterrichts legte einen Gesetzentwurf über Regulirung der Rechtsstudien vor. Die Deputirtenkammer erledigte die Berathung des Gesetzentwurfs über neue 4 Mill. Fr. zur Unterstützung der Gemeinden mit Darlehen bei öffentlichen Arbeiten, durch welche den arbeitenden Klassen Beschäftigung gewährt wird, und nahm denselben einstimmig an.

Das Journal des Débats hat einen ersten Fehler gemacht, bemerkt heute die „Presse“, indem es sich gegen die Autorisation des Wahlreformvorschlages von Hrn. Duvergier de Lauranne in den Kammerbureaux aussprach. Es hat einen zweiten begangen, indem es sich bitter gegen die ertheilte Autorisation erklärte, in der es eine getäuschte Erwartung sah. Der Constitutionnel hat die dadurch gegebenen Blößen zu benutzen gewußt, und mit ihm die andern Oppositionsblätter. Das Journal des Débats ist daher heute wieder genöthigt, gegen dieselben zu Felde zu ziehen. Außerdem hat es eine lange Besprechung der englischen Zolllisten und Zolleinnahmen von 1846, aus denen es für die Annahme niedriger Zollsätze auf nothwendige Dinge und Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs günstige Folgerungen zieht. „Darin eben liegt das Großartige der Experimente Englands mit seinen Zollsätzen, sagt das ministerielle Blatt, daß sie unternommen worden sind, ohne von irgend Jemandem Gegenfeitigkeit zu fordern. So überzeugt war das Parlament, daß hohe Zollsätze an sich ein Uebel sind und daß das vorgebliche Schutzsystem auf einem Irrthume beruht.“ Der Constitutionnel erörtert die Reform der Gefängnisdisciplin.

Das Journal des Débats resumirt die Finanzlage des Landes dahin: Das Deficit der Budgets v. 1840 bis einschließlich 1846, für welches letztere Jahr indessen der vollkommene Abschluß erst im Sept. erfolgen wird, beträgt 384 Mill.; die Reserven des Amortissements betragen 362 Mill.; gibt einen Ausfall von 22 Millionen auf 6 Jahre. Aber mit der Deposition angenommen, es wären 23 Mill., und dazu die ungedeckten Bedürfnisse der durch Gesetz v. 11. Juni 1842 sanctionirten öffentlichen Arbeiten (ca. 293 Mill., wovon 37 Mill. Rückzahlung durch die Eisenbahncompagnien abgehen) mit 256 Mill. gerechnet, macht 289 Mill. Vereint man mit diesem Resultat der letzten 6 Jahre das Deficit vor 1840, was mit 256 Mill. in schwebender Schuld besteht, so ergibt sich, daß beim Abschlusse für 1846 im Septbr. die schwebende Schuld und andere Hilfsquellen des Schatzes mit 535 Mill. belastet sein werden. Es ist jedoch ein Rest der Anleihe von 450 Mill., von welcher dann die im Gesetz vom 25. Jun. 1841 angeordneten Arbeiten nur 389 Mill. werden erschöpft haben, als momentane Erleichterung der schwebenden Schuld mit 61 Mill. anzurechnen, und sie wird daher im Septbr. 1847 nur 474 Mill. ausmachen. Das Jahr 1847 wird sie freilich noch vermehren. Der Finanzminister schlug das Deficit desselben jüngst auf 48 Mill. an; die Lage hat sich seitdem verschlimmert; 100 Mill. werden der Wahrheit nahe kommen. Davon müssen aber die Reserven des Amortissements für 1847 mit 81 Mill. abgezogen werden; bleiben also 19 Mill. auf dem ordentlichen Budget. Für das außerordentliche sind 213 Mill. für öffentliche Arbeiten auf 1847 angewiesen und zu decken. Der Finanzminister glaubt, daß man auf 120 Mill. ohne Nachtheil für die Unternehmungen sich beschränken könne, weil es die Umstände gebieten. In den vier letzten Jahren gab man durchschnittlich nur 64 Mill. jährlich dafür aus. Also 120 Mill. angenommen, wovon 18 Mill. fortgesetzte Rückzahlungen der Eisenbahncompagnien abgehen, bleiben 120 Mill. und 19. Mill., zusammen 121 Mill. Deficit für 1847. „Das ist die wahre Lage unserer Finanzen, schließt die Debatte; das die Belastung der schwebenden Schuld, die zu Ende Sept. 1848 zu erwarten ist: Alles in Allem 656 Mill. Fr.“ Nur ausnahmsweise habe seit 1830 dieselbe unter 500 Fr. betragen, fügt es hinzu und fragt, ob denn Frankreich so weit herunter sei, daß 100—150 von allen Hilfsquellen des Schatzes zu sekernde Mill. eine Gefahr für seine Finanzen bildeten.

Der landwirthschaftliche Centralcongrès wird seine vierte Session am 22. März im Saale der Sorbonne eröffnen; sie wird bis zum 1. April dauern.

Der Secretair der spanischen Gesandtschaft, Hr. Arnoa, ist von Paris nach Bayonne abgereist, um dort die am 11. März erwartete Königin Christine zu empfangen.

### Belgien.

\* Brüssel, 9. März. Die Kammer der Abgeordneten hat am 5. März die Discussion über die Vermehrung ihrer Mitgliederzahl eröff-

net, wobei sich natürlich nur Specialdebatten über die Vertheilung der neu zu ernennenden Mitglieder entspinnen konnten. Dem demokratisch gesinnten Hr. Castiau jedoch gelang es, ernstere Fragen an die vorliegende zu knüpfen und die delicate Angelegenheit der Wahlreform mit großem Schwunge zu besprechen. „Was nützt es, ruft Hr. Castiau aus, daß die Kammer anstatt aus 95 aus 108 Mitgliedern besteht, wenn sie nicht den allgemeinen Interessen des Landes zum Ausdruck dient, wenn sie nur die Privilegien einiger Auserwählten vertritt? Daraus entstehen ja nur einestheils neue Lasten für die Besteuereten, anderntheils eine gefährliche Verminderung der Verantwortlichkeit des Einzelnen.“ Der Wahlkörper müsse alle Bedürfnisse, alle Klassen, alle Meinungen repräsentiren; er müsse aus den Eingeweiden des Landes (des entrailles du pays) hervorgehen und der Progression der Landesbevölkerung folgen. Trotz der großen Fortschritte, beweist der Redner, welche die politische Erziehung, die Theilnahme an dem Wohle des Gemeinwesens unter dem Volke gemacht habe, trotz der zunehmenden Anzahl der Einwohner sei die Anzahl der Wähler, statt gestiegen, vielmehr gesunken. (Im Jahr 1842 belief sie sich auf 49,913; heute soll sie, der Centralsection gemäß, bei einer Bevölkerung von 4,325,000 Seelen nur noch 45,384 betragen, was ein Verhältniß von 1 zu 95 herausstellt.) Weit entfernt, alle Interessen zu vertreten, verrete der Wahlkörper nur ein einziges: das des Besitzes, und das wichtigste, das Grundinteresse eines Staats: die Arbeit, sei aus demselben gewissermaßen verstoßen. Eben so wenig finden sich alle Meinungen unter den Wählern vertreten: ja wol, die stationären, bewegungslosen, aber nicht die jungen, lebendigen, zukunftsollen Bestrebungen. (Bei diesem Punkte fielen einige scherzhafte Anspielungen auf das hohe Alter der meisten Kammermitglieder, die zusammen 50 Jahrhunderte darstellten!) Sonach sei der Wahlkörper nicht der Ausdruck der Majorität, sondern der äußersten Minorität des Volks, welche durch die Verschiedenheit des Censur für Stadt und Land in ein noch greller Licht trete. Seit fast zehn Jahren liege der Bericht über die Verringerung des Wahlcensus zur Berathung vor und harre der Erledigung, und unterdessen siehe der gesunde Theil des Volks in einer Art von politischem Helotismus dahin, der auch giftige Früchte erzeugen könnte. Weiter zieht der Redner gegen die Incompatibilität gewisser Aemter mit der Volksvertretung zu Felde, gegen das Fractionensystem, welches das Localinteresse zum Hauptinteresse umschaffe, in directem Widerspruche mit dem Geiste und dem Worte der Verfassung, endlich gegen die Bestechlichkeit und die unredlichen Mittel, womit der gegenwärtige Thatbestand aufrecht erhalten werde. Nachdem er die verschiedenen Punkte seiner Wünsche und Anträge zusammengefaßt hatte, hief es: „Wo nicht, so fürchte ich sehr, daß wir zuletzt nur noch eine Nachahmung oder gar eine Caricatur einer Repräsentativregierung besitzen, und wenn eine solche in ihrer Grundbasis also verderbt ist, so ist sie, man muß den Muth haben es frei zu bekennen, die schlimmste, die entsetzlichendste aller Regierungsformen.“ Der Schlußgedanke des Vortrags, der mit besonderer rednerischen Prunz ausgeführt wurde, betraf die Auflösung der Kammer als nächste Folge des in Verhandlung begriffenen Gesetzes. Sie sei das sicherste und rühmlichste Mittel, dem Land aus seiner Anarchie herauszuhelfen, und die glänzendste Gelegenheit für das Cabinet, eines ruhmvollen Todes zu sterben. Auch Graf Lehon spielte den Gegenstand der Erörterung auf das politische Gebiet hinüber und behandelte die Frage von der Unabhängigkeit der Civilgewalt und der Sittlichkeit der am Ruder Sitzenden, indem unter diesen Bedingungen allein der sittliche Werth der Wahlen versichert sei. Der Minister des Innern erklärte übrigens mit vieler Würde und in der seiner Stellung entsprechenden Weise, daß er mit der Vorlage des Gesetzes keine politischen Erörterungen habe hervorrufen wollen.

### Italien.

Laut Privatcorrespondenzen des „Republikaners der italienischen Schweiz“ sind in Toscana in der Nacht vom 22. auf den 23. Febr. 76 Verhaftungen vorgenommen worden; in der einzigen Stadt Florenz verhaftete man 34 Personen.

Rom, 2. März. Die bisherigen Reformmaßregeln des gegenwärtigen Papstes beschränkten sich lediglich auf das Weltliche; im Geistlichen ließ derselbe Alles unangetastet stehen. Allein nun fangen seine Reuerungen auch an, ans Kirchliche zu streifen und die heiligen Canones der römischen Kirche zu verletzen. Dies zeigte sich neulichst beim Empfange des türkischen Gesandten durch den Papst. Zufolge der bekannten und von den Päpsten noch keineswegs widerrufenen, daher auch von allen wahrhaft römischen Katholiken als canonmäßig anerkannten Nachtmahlsbulle gehören die Türken durchaus zu derselben Gesellschaft wie die Lutheraner, Calvinisten und andere Keger, von denen diese Bulle ausdrücklich sagt: „Wir verbannen und verfluchen sie!“ Und dennoch, es ist für einen strenggläubigen römischen Christen schrecklich zu vernehmen, hat der dormalige Papst einen solchen „verbannten und verfluchten Türken“ zu sich in den Palast gelassen und freundschaftlich mit ihm conversirt! Was werden im guten Deutschland Ihre historisch-politischen Blätter und römischen Kirchenzeitungen, die das heilige canonische Recht gegen Ihre schlechte Presse aufrecht zu erhalten bemüht sind, zu dieser erschrecklichen Verletzung desselben durch den liberalen Papst sagen! Unsere Römer wissen sich indeß darüber zu trösten, wenn auch die Bigoten unter ihnen beim Anblick des Türken in Rom manch Kreuz geschlagen haben werden. Die hiesigen Liberalen meinen nämlich, schon nach der Nachtmahlsbulle habe der Papst, nachdem er durch sie der Christenheit den Handel mit den Türken verboten, für Geld Lizenzen zu diesem Handel ausgegeben — gerade also wie der große Napoleon in unsern Zeiten beim Continentalsystem — er könne sich also jetzt auch von den Canones licenziren; dann meinen sie, wenn man auch den Großtürken nicht lieben könne, so

müsse man ihn doch zu cajoliren suchen, weil er den Katholiken des Orients sehr nützlich werden könne. Dies Letztere ist aber sehr illusorisch; denn wenn die Engländer und andere Reher den Divan bestechen, dann gibt er ihnen gleiche Rechte im Orient wie den Katholiken. Man hat das ja bei Errichtung des protestantischen Bisthums in Jerusalem gesehen. Unser bester Fürsprecher wird dort immer Frankreich bleiben. Es fragt sich daher noch sehr, ob der Papst durch seine canonwidrige Verbindung mit dem Türken, die, wie es heißt, noch weiter ausgedehnt werden soll, mehr gewinnen wird, als er offenbar dadurch am Rhein und an der Mosel bei den Preußen, und bald hätte ich gesagt an der Donau, verlieren wird.

### Russland und Polen.

**\*\* Warschau, 8. März.** In Betreff der Russificirung unserer Bank habe ich in meinem gestrigen Schreiben einen sehr wesentlichen Umstand zu erwähnen vergessen. Unsere Bank hatte sich bekanntlich durch die Gründung und Einrichtung industrieller Institute um unser Land sehr verdient gemacht. Dieselben wurden auch bis Ende vorigen Jahres für Rechnung und unter Leitung der Bank betrieben. Jetzt ist dies anders! Jene Institute sind aus dem Besitze der Bank in den Besitz und die Administration der Krone übergegangen. Ob überhaupt das russische Cabinet darin richtig gerechnet hat, daß es die polnische Bank zu einer russischen umwandeln will, ist mindestens sehr zweifelhaft. Die polnische Bank besaß und besitz noch größern Credit im Inlande sowohl als insbesondere im Auslande, als Russland. Es hat dies auch recht wohl eingesehen, indem es zu verschiedenen Malen den Credit der polnischen Bank zur Contrahirung von Anleihen benutzte hat. Doch glaube ich schwerlich, daß die russificirte polnische Bank ihren frühern Credit wird aufrecht erhalten können, und insofern schadet sich das russische Cabinet selbst.

Seit dem 1. März ist die hiesige junge Mannschaft in großer Bestürzung, indem seit jenem Tage eine Conscriptio der zum Kriegsdienste tauglichen wehrpflichtigen jungen Leute stattfindet. Jene Bestürzung kann man nur natürlich finden, indem der Ausgehobene auf mindestens 25 Jahre aus seinen bisherigen Verhältnissen, aus dem Schooße seiner Familie, endlich aus seiner Heimat gerissen und dem Kampfe mit den Bergvölkern im Kaukasus ausgesetzt wird. Meistentheils sind die Conscripten für immer ihren Angehörigen entzogen; selten daß sie ihnen irgend eine Nachricht zukommen lassen können, ausgenommen im Falle ihres Todes, den die Regierung in den hiesigen öffentlichen Blättern mit dürren Worten anzeigt. Wehrpflichtig ist bei uns der junge Mann in dem Alter von 20—30 Jahren, und es sind verhältnismäßig nur Wenige von jener Pflicht befreit. Hierzu gehören: der einzige Sohn einer Familie; ein Sohn in jeder Familie, den die Aeltern oder der Vormund auswählen; Vormünder unmündiger Brüder und Schwestern, deren Aeltern verstorben sind; Witwer, welche Kinder haben; Ausländer und deren im Auslande geborene Kinder; die Civilbeamten; die Geistlichen und Cleriker jeder Confession; die Professoren und Lehrer an den Regierungslehreanstalten; Aerzte, welche die Erlaubniß zur Praxis besitzen; Unternehmer von Fabriken, Künstler, Handwerker etc., welche von ihren Behörden von der Wehrpflicht besonders entbunden sind; Kranke und Krüppel; Mennoniten; Herrnhuter; Juden, welche vor der Aushebung zu irgend einer christlichen Confession übergehen; Schüler mehrerer Institute; Postillon. Außerdem sind noch Gelleute, d. h. solche, deren Adel Russland anerkannt, sowie Beamtenöhne, deren Väter in einer Rangklasse sich befinden, der der Erbadel zuerkannt ist, von der Militairdienstpflicht dispensirt. Es ist sonach die Mehrzahl der jungen Leute unsers Landes zum Kriegsdienste verpflichtet, und wer von diesen für tauglich befunden wird, kann auf seine Aushebung rechnen, wenn er nicht im Stand ist, von der betreffenden Commission einen Invalidenschein zu erlangen. Bis 1830 war der Kriegsdienst bei uns nicht so belästigend als jetzt, indem damals der Ausgehobene im Lande blieb, da noch eine besondere polnische Armee bestand. Seit 1831 ist dieselbe jedoch aufgelöst; statt eingeborener haben wir jetzt russische Soldaten im Lande, und unsere Landeskinder werden tief in das Innere Russlands, meistentheils jedoch in den Kaukasus geschickt, wo sie für die Pläne der russischen Krone verbluten müssen. Einen Umstand muß ich hierbei jedoch erwähnen, der für die Mannszucht im russischen Heere charakteristisch ist. Bekanntlich sträubt sich Jeder, der zum Militair ausgehoben wird, und fügt sich nur ungern der Nothwendigkeit. Doch, ist er einige Zeit beim Militair gewesen, so ist er, mag er Groß- oder Kleirusse, Pole oder Finne, Deutscher oder Esthe früher gewesen sein, mit Feib und Seele russischer Soldat, und verlernt dann oft seine heimatlichen Gebräuche und selbst seine Muttersprache.

Von Wichtigkeit ist, daß vor wenigen Tagen fast gleichzeitig die petersburger Zeitungen sowol als auch die unsern eine vergleichende Uebersicht der Verhältnisse und der Geistlichkeit der römisch-katholischen Kirche in Frankreich und Russland brachten. Es geht aus derselben hervor, daß die Zahl der einzelnen Institute, der Gemeinden, der Geistlichen sich fast in demselben Verhältnisse zur Seelenzahl in Russland wie in Frankreich befindet; ja in einzelnen Fällen ist die Zahl der Geistlichen in Russland größer als in Frankreich. Bei den Gehältern der Geistlichkeit stellt sich heraus, daß ein Erzbischof in Frankreich jährlich einen Gehalt von nur 15,000 Fr. bezieht, also noch weniger als ein Diöcesanbischof dritter Klasse in Russland, der 4480 R. S. oder 17,920 Fr. erhält. Ueberhaupt geht aus jener Zusammenstellung hervor, daß die katholische Kirche in Russland, wo sie nicht Staatsreligion ist, besser gestellt ist als in Frankreich, wo sie Staatsreligion ist. Gewiß hat auch die russische Regierung mit jener Zusammenstellung und deren Publication in den officiellen Blättern nichts Anderes beabsichtigt, als eben jenes Resultat zuerst ihren Untertanen, dann aber auch den Ausländern vorzulegen und

somit die Klagen über Bedrückungen der katholischen Kirche von ihrer Seite als grundlos darzustellen. Vielleicht geschieht dies auch, damit sie bei künftigen Beschränkungen der katholischen Kirche den Schein des Rechts für sich gewinne, indem sie sich darauf berufen kann, daß sie nicht verpflichtet ist, eine Kirche, die nicht die Staatskirche ist, besser zu behandeln und zu pflegen, als ein Staat, in dem sie Staatskirche ist, sie behandelt. So viel kann man als bestimmt annehmen, daß jene Zusammenstellung nicht ohne eine besondere Absicht veröffentlicht worden, daß sie gewiß in irgend eine Beziehung mit den Unterhandlungen, die jetzt in Rom zwischen Bludoff und Pius IX. stattfinden, zu bringen ist. Vielleicht läßt sich auch mit jenen Unterhandlungen der Kurier, welcher vor ungefähr drei Tagen aus Petersburg hier durch auf der Eisenbahn nach Czestochau durch Schlessien nach Wien reiste, in Verbindung bringen. Es ist aber auch möglich, daß dieser nicht gerade nach Rom, sondern mit einer besondern diplomatischen Depesche an das wienner Cabinet gesendet worden ist.

### Moldau und Walachei.

In der 15. Sitzung des walachischen Landtags zu Bukarescht haben zwei fürstliche Rescripte einige Sachen von Belang auf die Tagesordnung der Stände gebracht; sie betreffen: 1) die Abkürzung aller anhängigen Prozesse; 2) eine neue Regulirung der Gerichtskosten und deren Erhebungsart; 3) eine Beschränkung der Verjährungsfrist bei dem Besitze fremden Eigenthums. (R. 3.)

### Türkei.

Aus Konstantinopel vom 24. Febr. schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „In dieser Woche hat sich der Divan in wiederholten Sitzungen mit der griechischen Differenz beschäftigt. Nach jeder Sitzung begab sich der Großvezier in das Serail, um dem Sultan über die Ergebnisse der Berathung zu referiren und die Beschlüsse desselben entgegenzunehmen. Das Schreiben des Königs Otto an den Großherren hat letztern im Allgemeinen befriedigt. Es enthält wiederholte Versicherungen der freundschaftlichsten Gesinnungen für die Pforte, doch vermist man den erwarteten Ausdruck von Bedauern über das Vorgefallene, während sich dafür ein ziemlich scharfer Tadel über das Benehmen des Hrn. Mussurus darin befindet; die gegen den türkischen Gesandten vom König gemachte Aeußerung sei in keiner die Pforte auch nur entfernt verletzenden Absicht geschahen. Von den Türken wird die Sache noch nicht als abgethan angesehen: man besteht noch auf der Erfüllung des zweiten Theiles der verlangten Genugthuung. Der Reis-Efendi wird daher eine Note an den griechischen Minister des Aeußern richten und von ihm eine formelle Zusicherung verlangen, daß er — Hr. Kolettis — sich zu Hrn. Mussurus, sobald dieser nach Athen zurückgekehrt sein werde, begeben wolle, um die erwarteten Entschuldigungen wegen des Vorfalles auf dem Hofball zu Athen zu machen, denn, sagen die Türken, man hat unsern Gesandten beleidigt, und diesem muß dafür Genugthuung werden. Daß das Benehmen dieses türkischen Gesandten, der kein Bedenken trug, sich an den verwerflichsten Partei-Intriquen in Athen zu betheiligen, mit den Feinden des Königs und des Ministeriums gemeinschaftliche Sache zu machen und der griechischen Regierung gegenüber die Haltung eines erbitterten Feindes anzunehmen, die einzige Veranlassung des in Griechenland gewiß unwillkommenen Mißverständnisses war, scheint man fast allerwärts zu vergessen. Wir glauben, daß man sich in Athen schwerlich zu irgend einer Art von Genugthuung verstehen wird, insofern diese zur Person des Hrn. Mussurus, gegen den man so gerechte Beschwerden hat, in naher Beziehung steht. Bis zu diesem Augenblicke sind die diplomatischen Beziehungen mit Griechenland von Seiten der Türkei nicht officiell aufgehoben (denn der von Hrn. Mussurus daselbst zurückgelassene Secretair soll als Geschäftsträger fungiren); sobald aber binnen einer von der Pforte noch festzusetzenden Frist keine befriedigende Antwort von Athen eingehen sollte, wird der erwähnte Secretair abberufen und jede Beziehung mit dem griechischen Hof abgebrochen werden. Um dies zu verhindern, bleibt da man das verlangte Zugeständniß von Griechenland nicht erwarten kann, nur die Vermittelung der hiesigen fremden Repräsentanten übrig, und es dürfte in dieser Hinsicht nicht ohne Interesse sein einige Facta anzuführen, welche die Fähigkeit der wichtigeren fremden Repräsentanten zur Uebernahme der Vermittlerrolle bezeichnen dürften. Hr. Wellesley, getreu dem von Sir E. Lyons in Athen beobachteten Benehmen, hat Hrn. Mussurus gleich nach dessen Rückkunft in seinem Hotel empfangen, ihn mit Aufmerksamkeit überhäuft und zum Essen geladen. Fast wörtlich Dasselbe gilt in Bezug auf den russischen Gesandten. Hr. de Bourqueney soll Hrn. Argyropoulos (den hiesigen Repräsentanten Griechenlands) mit seinem Rath unterstützen, ein französisches Dampfboot ward zur Ueberbringung der griechischen Depeschen der Regierung von Athen zur Verfügung gestellt und von dieser benützt, Hr. Piscatory soll Hrn. Kolettis die Linie angedeutet haben, die dieser in den Verhandlungen bis jetzt befolgte. Der preussische Gesandte hätte noch so ziemlich der Pforte als unparteiisch gegolten, wäre er nicht durch einen der griechischen Regierung von dem preussischen Gesandten zu Athen erteilten Rath gewissermaßen bloßgestellt, einen Rath, den man im Divan genau kennt und der den Krieg zur Folge gehabt haben würde, wenn Hr. Kolettis ihn angenommen hätte. Nithin scheint von den Repräsentanten der Großmächte eigentlich nur einer übrig zu bleiben, an dessen Unbefangenheit und Unparteilichkeit weder hier noch in Athen gezweifelt wird. Dieser hat auch bei mehr als einer Gelegenheit so viel Umsicht, Takt und diplomatische Geschicklichkeit gezeigt, daß man der Lösung der schwierigen Angelegenheit durch seine Bemühungen mit Vertrauen entgegensehen kann.“

Der  
buchhänd  
Ritterkre  
director  
Verdienst  
Co  
ernannt

Der  
philosoph  
Dienstent  
— Au  
Beitung:  
ausgegrat  
entgegen  
Mauerwe  
Gärten,

St  
gen 6  
Kartoffel  
gen 5  
Zwickau  
Gerste 5  
Weizen 3  
Hafer 1  
Weizen 3  
Sgr.; 5  
Sgr.; 5  
12 1/2 Sgr.

Del  
neute fr  
Rapposa  
wir hatte  
geber sich  
gen. Sp  
heute Bö  
Rai-Liese  
Biele w  
weil bei  
bedeutend  
später her

Sif  
sehte Con  
Aloft ha  
Frage ein  
geloßt. M  
fionsmitgl  
und hofft  
einer Con  
um so en

Sif  
lung an  
der Aufs  
Thlr. bel  
rectorium  
Petition  
wolle dem  
men und  
welche ih  
Fortbaues  
In dersel  
herausstel  
zeit zu ge  
Thlr. ang  
Sächsisch  
fürchtung  
unmittelb  
bedarfs an  
der Säch  
das Direc  
auf berech  
vierten L  
die übrige  
werden.  
100 Thlr.  
entweder  
zu 50 Th  
welchen d  
Staat lei  
Dividende  
theilige M  
von 100-  
erzerten,  
bleiben zu  
verwand  
in 50-  
Seine wü

**Personalmeldungen.**

**Orden.** Frankreich. Orden der Ehrenlegion, Ritterkreuz: der Hofbuchhändler Alexander Duncker in Berlin. — Oesterreich. Leopoldorden, Ritterkreuz: der k. k. wirkliche Hofrath und Staatsschulden-Regierungs-Inspector Johann v. Scharff. — Sachsen-Ernestinischer Hausorden, Verdienstkreuz: der bairische Justizrath Scheffer.  
**Consuln.** Baiern. Hr. A. Hummel ist zum Consul in Strassburg ernannt worden.

**Wissenschaft und Kunst.**

Der König von Hannover hat dem außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät zu Göttingen Dr. Schaumann die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.  
 — Aus Neapel vom 27. Febr. schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Das prächtige Amphitheater von Pozzuoli ist jetzt fast ganz ausgegraben. Wir sehen neuen Abhandlungen darüber von Sachkundigen entgegen. Die Thierbehälter unter der Arena sind vortreflich erhalten, das Mauerwerk derselben überaus solid und geschmackvoll; man fand sehr viele Säulen, Lampen, Ornamentenstücke u.“

**Handel und Industrie.**

**Fruchtpreise.** Leipzig, 11. März. Weizen 6 Thlr. 20 Ngr.; Roggen 6 Thlr. 5 Ngr.; Gerste 4 Thlr. 12 1/2 Ngr.; Hafer 2 Thlr. 15 Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. Dresden, 12. März. Weizen 6 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 5 Thlr. 25 Ngr.; Gerste 4 Thlr. 25 Ngr.; Hafer 2 Thlr. 27 Ngr. **Wien**, 9. März. Weizen 7 Thlr. 2 1/2 Ngr.; Roggen 6 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 5 Thlr. 5 Ngr.; Hafer 2 Thlr. 12 1/2 Ngr. **Berlin**, 11. März. Weizen 3 Thlr. 20 1/2 Sgr.; Roggen 3 Thlr. 6 Sgr.; Gerste 2 Thlr. 7 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 22 1/2 Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 7 1/2 Sgr. **Breslau**, 11. März. Weizen 3 Thlr. 16 Sgr.; Roggen 3 Thlr. 1 Sgr.; Gerste 2 Thlr. 13 1/2 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 14 Sgr. **Halle**, 11. März. Weizen 3 Thlr. 17 1/2 Sgr.; Roggen 3 Thlr. 3 1/2 Sgr.; Gerste 2 Thlr. 8 1/2 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 12 1/2 Sgr.

**Bel.** \*Leipzig, 13. März. Es konnte nicht ausbleiben, daß der erneute strenge Frost im Laufe dieser Woche die Besorgnisse für die junge Kappsaat noch vergrößerte und die schon bestehende Aufregung vermehrte; wir hatten Tage, wo gar kein Räubel käuflich zu haben war, weil alle Abgeber sich zurückzogen, und es würde das Gebot von 11 1/2 Thlr. ausgeschlagen. Später wurde jedoch zu diesem Preise abgegeben; derselbe blieb auch heute Börsennotirung, und man möchte ihn billig nennen, weil pr. April- bis Mai-Lieferung bereits 12 Thlr. bewilligt ist, und dazu gesucht bleibt. Von Weizen wird jedoch jene große Besorgnis für die Saat noch nicht getheilt, weil bei noch nicht stattgehabter Vegetation der Frost den Pflanzen nur unbedeutend schaden können. Welche Ansicht richtig ist, kann sich erst später herausstellen.

**Eisenbahn.** \*Brüssel, 9. März. Die von der Regierung eingesetzte Commission zur Prüfung der Eisenbahnpläne zwischen Brüssel und Alost hat sich nunmehr vereinigt und mit 11 gegen 11 Stimmen die Frage einer directen Verbindung Brüssels und Genäs auf negative Weise gelöst. Man ist über dieses Ergebnis weniger erstaunt (denn die Commissionmitglieder repräsentirten allzu sehr die Privatinteressen) als ungehalten und hofft, daß der Minister, der sich behaglich hinter die Verantwortlichkeit einer Commission verfangen wollte, diese vielfach verhandelte Angelegenheit um so entschiedener betreiben werde.

**Eisenbahn.** \*Leipzig, 14. März. Soeben ist hier eine Mittheilung an die Actionaire der Chemnitz-Niesauer Eisenbahn in Betreff der Aufbringung des Mehrbedarfs, der sich in runder Summe auf 2 Mill. Thlr. beläuft, ausgegeben worden. Bereits unterm 6. Febr. hatte das Directorium in Verbindung mit dem Ausschusse den versammelten Ständen eine Petition überreicht, welche dahin gerichtet war: „Die Ständeversammlung wolle dem in seiner Entwicklung gefährdeten Unternehmen zu Hülfe kommen und bei der hohen Staatsregierung diejenigen Maßregeln beantragen, welche ihr am geeignetsten erscheinen, jedem nachtheiligen Aufenthalt des Fortbaues vorzubeugen und eine gedeihliche Vollendung der Bahn zu sichern.“ In derselben ist die nach specieller Veranschlagung des Bauaufwandes sich herausstellende Ueberschreitung des Actiencapitala, ohne die während der Bauzeit zu gewährenden Binsen auf die geleisteten Einzahlungen, auf 1,629,847 Thlr. angegeben. Nach dem später gefaßten Beschlusse der II. Kammer, die Sächsisch-Baiersche Bahn auf Staatskosten zu übernehmen, mußte die Befürchtung entstehen, daß das Gesuch um directe Beihilfe des Staats und unmittelbare Bethheiligung der Staatskasse im ganzen Umfange des Mehrbedarfs an denjenigen Finanzmaßregeln scheitern möchte, welche die Uebernahme der Sächsisch-Baierschen Bahn nothwendig machen würde. Daher entwarf das Directorium einen Plan zur Aufbringung des Mehrbedarfs, welcher darauf berechnet ist, daß der Staat nach dem seitherigen Grundsatz nur den vierten Theil dieses Mehrbedarfs aufzubringen hat, nämlich 500,000 Thlr., die übrigen drei Viertel aber durch Ausgabe neuer Actien à 50 Thlr. gedeckt werden. Bei der letzten Einzahlung auf die ursprünglichen Stammactien zu 100 Thlr. erhält, diesem Plane gemäß, der Einzahlende nach seiner Wahl entweder eine solche Stammactie von 100 Thlr. oder eine neu creirte Actie zu 50 Thlr. und zwei Interimsactien, jede über 25 Thlr. Einzahlung, auf welchen die Verbindlichkeit haftet, jede bis zu 50 Thlr. einzuzahlen. Der Staat leistet zu Gunsten der Inhaber von Actien zu 50 Thlr. auf seinen Dividendengenuss von seinem ganzen Antheile so lange Verzicht, als die antheilige Rente jener Actien unter 4 Proc. beträgt, während die Inhaber von 100-Thlr.-Actien an dieser Vergünstigung nicht Theil nehmen. Die neu creirten, in der festgesetzten Frist nicht abgenommenen 50-Thlr.-Actien verbleiben zur Verfügung der Gesellschaft, welche außerdem das Recht hat, nicht verwandelte 100-Thlr.-Actien, die etwa in ihren Besitz kommen, nachträglich in 50-Thlr.-Actien zu convertiren. Die Nachzahlungen auf die Interimsactien würden sich auf die noch übrige Bauzeit von zwei Jahren vertheilen.

Das Directorium hat sich nicht nur bemüht, diesem Plane bei der Staatsregierung Eingang zu verschaffen, sondern auch an die Ständeversammlung eine auf dessen Genehmigung gestellte Petition (datirt vom 8. März) gelangen lassen. Am Schlusse derselben heißt es: „Wiederholt und dringend bitten wir, durch irgendwelche Entscheidung die Vollendung der Bahn sicherzustellen, denn selbst eine provisorische Unterstützung würde die Gefahr eines gänzlichen Stillstandes nicht beseitigen. Das noch verfügbare Actiencapital gestattet zwar die Vollendung der ganzen Bahn bis auf die eine Meile lange Strecke im Ischopauthale, da letztere aber eine zweijährige, jedenfalls eine längere Bauzeit erfordert als die Vollendung des übrigen Theiles der Bahn, da der Betrieb der beiden andern Strecken nur dann gerechtfertigt ist, wenn er gleichzeitig zu Bauarbeiten oder doch zu Einübung und Vorbereitung des Betriebes der ganzen Bahn dient, so würden die Verwendung der noch nicht einberufenen 20 Proc. des Actiencapitala sowie die bereits verwendeten 80 Proc. als todte Anlage zu berechnen sein, so lange nicht die ungestörte Durchführung der bisher getroffenen Baudisposition verbürgt ist.“

**Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 74.)**

a) Im Januar 1847.

26) Berlin-Anhaltische:	15,680 Pers., 75,851 Etr.	34,356 Thlr.	—	Sgr.
27) Nürnberg-Fürth*):	33,129 Personen, circa	2080	—	—
28) Oesterreichische Staatsbahnen:				
a) Südbahn	21,775 Personen, 199,358 Etr. 49 Pfd.	57,081	=	16 2/3 %
b) Nordbahn	13,934 Pers., 113,626 Etr.	46,435	=	6 1/2 %

b) Im Februar 1847.

6) Berlin-Hamburg:	27,581 Personen	64,131	=	22 2/3 %
7) Berlin-Stettin:	17,157 Pers., 110,497 Etr.	30,097	=	14 1/2 %
8) Bonn-Cöln:	35,382 Personen	7262	=	17 %
9) Cöln-Minden:	39,737 Personen	14,414	=	14 1/2 %
10) Kaiser-Ferdinands-Nordbahn:	40,525 Pers., 199,099 Etr.	104,356	=	17 1/2 %
11) Nürnberg-Fürth:	29,179 Personen	1885	=	7 %
12) Oberschlesische:	22,898 Pers., 132,980 Etr.	36,665	=	4 1/2 %
13 a) Wien-Gloggnitz (Hauptbahn):	35,562 Personen, 127,412 Etr. 93 Pfd.	42,154	=	21 1/2 %
13 b) Wien-Brud:	9589 Personen, 26,811 Etr. 29 Pfd.		=	
14) Württembergische Staatsbahn:	73,065 Pers.	7660	=	20 2/3 %

\*) Diese Angabe beruht nur auf der Angabe der wöchentlichen Frequenzen im Nürnberger Correspondenten, welcher die Frequenz und Einnahme für den Januar ebenso wie für den November v. J. nicht mitgetheilt hat, wohl aber die für December v. J. und Februar d. J.

**Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 14. März früh 8 Uhr:** 21" unter 0.

**Staatspapiere.** Amsterdam, 10. März. 2 1/2 pc. Int. 57 1/2; Russl. 5pc. Hope 104 1/4; 4 1/2 pc. Handelsg. 172 1/2. Frankfurt a. M., 12. März. Destr. Bact. 1801; 250 fl. L. 119 3/8; 500 fl. L. 154 Br.; Wair. 3 1/2 pc. 95 Br.; Bad. 50 fl. L. 58 1/4 Br.; Darmst. 50 fl. L. 75 1/4 Br.; 25 fl. L. 27 1/8; Nass. 25 fl. L. 25 1/8; Sard. 36; Kurhess. 32 1/2. London, 8. März. 3pc. Conf. 89 1/2; Port. 5pc. 32 1/2; Span. act. 22 1/8; 3pc. 33 1/8; Holl. Int. 58. Wien, 11. März. Bact. 1584; Met. 5pc. 108 1/4; 4pc. 99 1/2; 3pc. 72 1/4; 500 fl. L. 153 1/2; 250 fl. L. 119 1/2.

**Disconto.** Amsterdam, 10. März. 4 %. Frankfurt a. M., 12. März. 3 1/2 % Br.

**Actien.** Frankfurt a. M., 12. März. Taunusb. 375; Nordb. 73 1/2; Verb. 93 1/8; Lubn. Kanal 77 1/2 Br. Paris, 9. März. Eis. Versail. r. 360; l. 232 1/2; Paris-Orleans 1278 1/2; Paris-Rouen 872 1/2; Obl. 950; Paris-Strasburg 453 1/2; Paris-Lyon 487 1/2; Montpellier-Sette 400; Strassburg-Basel 210; Du Centre 570; Tours-Nantes 452 1/2; Orleans-Bordeaux 528 1/2; Nord 630; Aeste 100; Montereau-Tropes 318 1/2; Dieppe-Recamp 330; Bordeaux-Sette 450. Wien, 11. März. Nordb. 173 1/4; Gloggn. 120 1/2; Rail. 108 1/2; Livorn. 93 1/4; Pesth. 98 1/4.

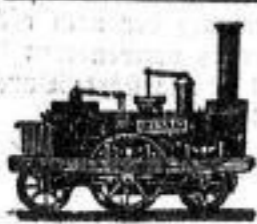
**Berliner Börse,** 13. März. Seehandlungs-Prämienfch. 95 1/2, 3 1/2 pc. Staatsfch. 93 1/2 Br., 3 1/2 pc. Pfandbriefe westpr. 93 1/2, ostpr. 97 1/2, pomm. 95 1/2, schles. 96 1/2, 4pc. posen. 102 1/4, neue 3 1/2 pc. 92 1/2, kur- und neu-märk. 96 1/2 Br.; Louisd. 111 1/8, Friedr. 113 1/2, Disconto 4 1/2 Proc. — Soll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93 1/2 Br., Berl.-Anh. 111 Br., Berl.-Hamb. 4pc. 104, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 97 1/8, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 92 1/2 Br., Prior.-Act. 4pc. 92 1/2 Br., 5pc. 101 1/2, Berl.-Stett. 108 1/4 Br., Breslau-Freib. 4pc. 101 Br., Cöln-Minden 4pc. 92 1/4, Crafsau-Ober-schl. 4pc. 85 Br., Duff.-Eberf. 5pc. 106 Br., Prior.-Act. 4pc. 93 1/2 Br., Kiel-Alt. 4pc. 109 1/4, Niederschles. 89, Prior.-Act. 4pc. 93 1/2 Br., 5pc. 101 1/2, Oberschles. Litt. A. 4pc. 105 Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 87 Br., Prior.-Stamm 4pc. 91 Br., Thüring. 4pc. 97 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 87 1/2 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 87 Br., Berg.-Märk. 4pc. 87 Br., Berl.-Anhalt 100 1/4 Br., Kassel-Lippst. 4pc. 87 Br., Köln-Mind. 4pc. 92 1/2, Magd.-Wittenberge 86 1/8 Br., Rail.-Bened. 4pc. 110, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 73 1/2, Pos.-Starg. 4pc. 86 1/8 Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 90 1/4 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 102 1/2, Ung. Centralb. 4pc. 99. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110 1/2 Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92 1/2 Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92 1/4, Poln.-Schagabl. 4pc. 81 1/2, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94 1/4, (neue) 4pc. 93 1/4, Partial à 500 fl. 4pc. 79 1/4 Br., à 300 fl. 4pc. 96 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 fl. 5pc. 94 1/4, Bkcert. Binsl. 17 1/8, Litt. B. 200 fl. 33 Br., Hamb.-K.-K.-St.-Anl. 3 1/2 pc. 85 1/8, Staats-Pr.-Anl. 86 Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32 1/2 Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Br. 9 1/2, Neue Bad. Anl. à 35 fl. 20 Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.  
 Druck und Verlag von G. W. Brockhaus in Leipzig.

# A n k ü n d i g u n g e n.

## Hertel's Berliner Cours-Bericht.

Auswärtige Pränumerationen für das nächste Quartal sind bei den Wohlöbl. Postämtern so zeitig zu erneuern, dass die Bestellungen vor Ablauf dieses Monats in Berlin eintreffen. Der Quartal-Preis für den täglichen Bericht ist 4½ Thlr., portofrei für das Inland. [795]



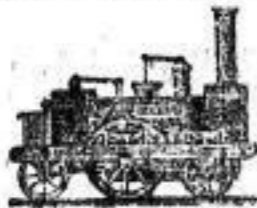
### Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 23. vorigen Monats bringen wir hiermit zur Kenntniss unserer Actionaire, daß die Dividendenscheine pro 1846 mit 5½ Thlr. schon jetzt von Herrn Carl Denecke hierselbst eingelöst werden.

Magdeburg, den 12. März 1847.

Directorium der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft.  
Frank, Vorsitzender.

[816-17]



### K u n d m a c h u n g

#### an die Actionaire der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Die Herren Actionaire, welche die Einzahlung der am 2. Januar d. J. fällig gewordenen 6ten 10proc. Rate bis zum 13. Februar d. J. nicht geleistet haben, werden nach der Bestimmung des §. 4 der Gesellschafts-Statuten aufgefordert, ihrer Zahlungsverbindlichkeit binnen weiteren sechs Wochen, d. i. längstens

bis zum 27. März 1847

nachzukommen und die betreffende Quote sammt den Verzugszinsen (und zwar vom 2. Jan. bis 13. Febr. zu 4 Proc. und von dort an mit 6 Proc. gerechnet) an die Hauptkasse der Unternehmung:

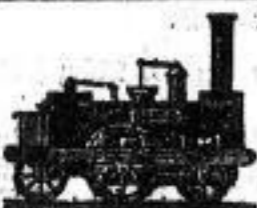
in **Wien**, obere Bäckerstraße Nr. 752,  
in **Pesth** bei der **Pesther Ungar. Commercial-Bank**,  
in **Berlin** bei den Herren **Hirschfeld und Wolff**,  
in **Leipzig** bei den Herren **Dufour Gebr. & Co.**,

zu erlegen, widrigenfalls dieselben laut §. 5 der Statuten der gesellschaftlichen Rechte verlustig erklärt und die von ihnen bereits geleistete Einzahlung von 50 Proc. als Eigenthum der Gesellschaft, unter Vorbehalt der denselben zustehenden Ansprüche, eingezogen werden wird.

Pressburg, den 14. Februar 1847.

[487-89]

Die Direction der Ungar. Central-Eisenbahn.



### Toscanische Central-Eisenbahn von Siena nach Empoli.

Die laut unserer Bekanntmachung vom 1. März  
für den 26. März, resp. 26. April d. J.

durch die Direction ausgeschriebene 8. Einzahlung von 50 Lire per Actie, kann zum Course von 12 Thlr. für 50 Lire bei den Unterzeichneten geleistet werden.

Die auf jede Actie fallenden Zinsen sind in Abrechnung zu bringen.  
Leipzig, 13. März 1847.

[808]

Dufour Gebr. & Comp.

In unserm Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorrätzig:

## Eine Tigergeschichte

für lustige Leser.

Dem Englischen nacherzählt von **H. Bode**. Mit 7 Holzschnitten.  
8. Geh. 6 Ngr.

Das Abenteuer des Mac-Glenchem mit einem Tiger, welches der Engländer **John Cotton** seinen das Außerordentliche liebenden Landsleuten erzählte, gehört zu jenen wenigen Geschichten, deren Unglaublichkeit das Gewand höchster Wahrscheinlichkeit trägt, sodas selbst Liebhaber der absonderlichsten Abenteuer nicht wußten, ob sie es für launige Satire oder wunderbare Reisegeschichte nehmen sollten. Dieselbe erlangte schnell eine ungemaine Berühmtheit, und schwerlich ist ein Freund ungewöhnlicher Erlebnisse in England, Nordamerika und Frankreich zu finden, dem sie fremd wäre. Möge sie auch unserm deutschen Leser eine heitere Viertelstunde bereiten.

Leipzig, im März 1847.

[818]

Brockhaus & Avenarius.

## Cap-Weine.

Von echtem Cap-Wein empfang ich:

**Cap Pontac,**  
**Cap Tinto,**

1834er, à Bout. 1½ Thlr.

Beide Sorten von feiner Delicatesse.

Ich empfehle die Weine, vorzüglich belebend für Brust und Magen.

Leipzig, im März 1847.

[810-13]

Gothelf Kühne, Weinhandlung, Petersstraße 43/34.

## Kartoffel-, Lupinen- und echter Riesenspörgel-Samenverkauf.

Kartoffelsamenkörner von gesunden, sehr ergiebigen Frühkartoffeln ¾ Loth von hier ab 1 Thlr. Cour.  
Ab von ¼ Pfd. à Loth 1 Thlr. Cour. nebst Anweisung. Lupinen berl. Scheffel 3½ Thlr. Cour. nebst  
Anweisung. Riesenspörgel berl. Meße 10 Sgr. bei [515-17]

Hoslau im Herzogthum Anhalt.

Haschke & Comp.

### Empfehlenswerthes Confrmandengeschenk.

In **Baumgärtner's Buchhandlung** in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

M. Rosenmüller's

#### Mitgabe für das ganze Leben

beim Ausgange aus der Schule und Eintritt in das bürgerliche Leben am Tage der Confrmandation der Jugend geheiligt. Dreizehnte Auflage. Durchgesehen von **Chr. Niemeyer**, Pfarrer zu Dedeleben bei Halberstadt. Pracht-Ausgabe mit 6 schönen Stahlstichen und eleg. gebunden in 8. Preis 1 Thlr.

Gewöhnliche Ausgabe mit 2 Stahlstichen broch. 7/97 à ½ Thlr.

In der **Kummer'schen Buchhandlung** (Rud. Behm) in Zerbst ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

### Uriel Acosta's

**Leben und Lehre.** Ein Beitrag zur Kenntniss seiner Moral wie zur Berichtigung der **Guzkow'schen Fiktionen** über Acosta, und zur Charakteristik der Juden.

Aus den Quellen dargestellt von **Dr. Herm. Zellner**.

Broch. 7½ Sgr.

Ich biete den Freunden der Literatur sowie jedem Gebildeten eine authentische Darstellung der merkwürdigen Lebensgeschichte Acosta's. Auch Guzkow findet seine rechte Würdigung. [776]

[778-80]

### Maschinen

für

#### Orleans-Fabriken

werden in neuester Construction gut und solid gebaut, und empfiehlt sich damit unter Zusicherung prompter Bedienung

die Maschinen-Fabrik

von **C. G. Haubold jun.** in Chemnitz.

### Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 15. März. **Die Valentine**, Schauspiel von G. Freitag.

Dienstag, 16. März. **Der Tempel** und **die Rubin**, große Oper von H. Marschner.

Mittwoch, 17. März. **Die Karlschüler**, Schauspiel von H. Laube.

### Familien-Nachrichten.

**Verlobt:** Hr. Dr. Samelson in Wabingen mit Frä. Luise Fischer. — Hr. Conrector Spruth in Dütow mit Frä. Pauline Stöckel in Cöslin. — Hr. Hugo Sternberg in Schwelm mit Frä. Emma Vorberg.

**Geboren:** Hr. Pfarrer Bankwitz in Eschenau eine Tochter. — Hr. Dr. L. Fintelmann in Elmhult eine Tochter. — Hr. J. Frankenstein in Berlin eine Tochter. — Hr. Karl Herlich in Berlin eine Tochter. — Hr. Stadtgerichtsrath Lehmann in Berlin eine Tochter. — Hr. R. Martin in Breslau eine Tochter. — Hr. Dr. Trommer in Röglin ein Sohn. — Hr. H. Wehrhane in Bremen ein Sohn.

**Gestorben:** Hr. Dekan Feuerle in Ravensburg. — Hr. J. G. Glaz in Eßlingen. — Hr. Karl Gopfer de l'Orme in Lübingen. — Hr. J. Ph. Krafft in Dünkelsbühl. — Hr. Confistorialrevisor Kübler in Stuttgart. — Hr. geh. Regierungsrath Mücke in Berlin. — Frau Rotar Th. H. Roosen in Gladbach. — Frau Kaufmann Auguste Rueff in Stuttgart. — Hr. Pfarrer Sättele in Sulmingen. — Hr. Oberstlieutenant W. v. Stückardt in Berlin. — Frau Appellationsgerichtsrath Kath. C. Benker in Ansbach.